

# Die Rückkehr.

## Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017

---

Tobias Montag

## **Die Rückkehr.**

Die FDP vor und nach  
der Bundestagswahl 2017

---

Tobias Montag

**Herausgeberin:**

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach,  
klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-449-2

# Inhalt

---

1. Der Aufstieg nach dem tiefen Fall	5
2. Kaschierte Revolution – die Parteimodernisierung	7
3. Der Wahlkampf	17
4. Macht sich der Modernisierungskurs bemerkbar?	32
5. „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“: Der Abbruch der Sondierungsgespräche	40
6. Die kommenden Herausforderungen	54
7. Literaturverzeichnis	58
Der Autor	73
Reihenübersicht	74

# 1. Der Aufstieg nach dem tiefen Fall

---

Höhen und Tiefen sind in der Geschichte der FDP nicht unbekannt. Schon in den 1990er Jahren wurde die Partei, nachdem sie zahlreiche Landtagswahlen verloren hatte, als „Dame ohne Unterleib“ verspottet (Lösche und Walter 1996: 171). Angeschlagen hielt sie sich bei den Bundestagswahlen im Sattel und konnte sich letztlich wieder stabilisieren. Bei der Bundestagswahl des Jahres 2009 erzielten die Liberalen dann unter ihrem Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle mit 14,6 Prozent der Zweitstimmen ihr bis dahin bestes Ergebnis. Der Absturz folgte vier Jahre später. Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 verfehlte die FDP mit einem Ergebnis von 4,8 Prozent knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Ausgerechnet die Partei, die im Vergleich zu ihren Mitbewerbern – in wechselnden Koalitionen – die längste Zeit seit 1949 Regierungsverantwortung trug, musste die Abwicklung ihrer Bundestagsfraktion verkraften. Der 22. September 2013 war nicht nur ein emotionaler Tiefpunkt für den parteipolitisch organisierten Liberalismus, sondern auch der Startschuss für eine Reformoffensive der behäbig gewordenen Freien Demokratischen Partei. Noch am Wahlabend erklärte sich Christian Lindner bereit, den Parteivorsitz zu übernehmen. Auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag am 7. und 8. Dezember 2013 wurde er in dieses Amt gewählt. Er beerbte damit seinen glücklosen Vorgänger Philipp Rösler, der sich geräuschlos aus der Bundespolitik verabschiedete, und drückte der in Schockstarre gefangenen FDP seinen Stempel auf.

Wenn man sich fragt, wann genau der Wahlkampf der FDP für die Bundestagswahl am 24. September 2017 begann, dann muss man ihn in diesem Zeitraum des Übergangs suchen. Die Liberalen wussten, dass es ums Überleben ging. Unter Lindner setzte eine personelle Erneuerung ein, die Partei und ihre Organisation wurde reformiert und die inhaltliche Ausrichtung der traumatisierten FDP geklärt. In den bis zur Bundestagswahl 2017 anstehenden Landtagswahlen bzw. der Europawahl 2014 erprobte die Partei ihr neues Marketing und übte ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder ein.

Für ihre Mühen wurden die in „Freie Demokraten“ umgetauften Liberalen schließlich belohnt: 10,7 Prozent der Zweitstimmen konnte die FDP am 24. September 2017 auf sich vereinen. Ihr Wahlsieg hätte die FDP in die Regierung getragen, wären die Liberalen nicht in der Nacht vom 19. auf den 20. November 2017 aus den Sondierungsgesprächen mit CDU, CSU und Bündnis 90/Die Grünen ausgestiegen. Nichtsdestoweniger gelang der FDP nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag gewissermaßen aus dem Stand die Rückkehr. Lindner verhinderte erfolgreich, dass die FDP zu einer „Zombie“-Organisation“ verkam, die in der Erinnerung der Deutschen einfach verblasst (Dittberner 2014: 92). Dittberner zufolge könnte er „als Titan in die Annalen der Parteigeschichte eingehen“ (ebd.: 88). Das ist eine Leistung, die man nicht unterschätzen sollte. Und sie ist die Folge einer geplanten Aufbauarbeit.

## 2. Kaschierte Revolution – die Parteimodernisierung

---

In der Regel sind Organisationsreformen und Modernisierungsprojekte in Parteien die Folge krisenhafter Erscheinungen. Sie zielen darauf, Mitglieder wiederzugewinnen oder die Handlungs- und Kampagnenfähigkeit zu erhöhen (Bukow und Poguntke 2013: 196 f.). Im Fall der FDP war beides nötig. Anders als beispielsweise die CDU 2014 gestaltete die FDP ihre Reform jedoch weniger als einen großen zusammenhängenden Prozess, der als Ganzes gegenüber den Parteimitgliedern und der Öffentlichkeit vermarktet wurde, sondern als Bausteine. Das Zerlegen des Modernisierungsprozesses der FDP in verschiedene Reformkomponenten kaschiert deren Tragweite: Die FDP hat sich für ihre Verhältnisse geradezu revolutionär verändert – was ihre Organisation anbelangt (Höhne und Hellmann 2017: 63). Programmatisch knüpfte Lindner eher an vorhandene Entwicklungslinien an, die aber jetzt erst zum Tragen kommen.

### **Zentrale Wahlkampfführung**

Für die meisten deutschen Parteien ist eine zentrale, bundesweit einheitliche Kampagnenführung und -finanzierung im Bundestagswahlkampf eine Selbstverständlichkeit (vgl. hierzu auch Kölln 2014). Nicht so bei der FDP: In der Vergangenheit statteten die mächtigen Landesverbände die Zentrale in Berlin in der Regel mit zu wenig Geld aus, so dass sich der Bundesverband regelmäßig verschuldete. Auch die zentrale Organisation entsprach nicht mehr den zunehmenden Professionalisierungsanforderungen moderner Wahlkämpfe. Die innerparteiliche Stellung der Bundesgeschäftsstelle war bei der FDP folglich traditionell eher schwach. Im Vergleich zu anderen Parteien verfügte sie über einen „recht bescheidenen Apparat“ (Vorländer 2013: 279). Die typisch liberale Forderung nach Entbürokratisierung schwächte letztlich die eigene Handlungsfähigkeit der Partei. Der Verlust ihrer Bundestagsmandate nach der Wahl 2013 verschärfte die ohnehin nicht rosige Situation des Bundesverbandes, da nun auch ein Teil der staatlichen Teilfinanzierung wegbrach. Die Bundesgeschäftsstelle musste Personal abbauen, die Kampagnenfähigkeit war akut gefährdet.

Auf dem Bundesparteitag im Mai 2015 setzte Lindner deshalb eine zunächst bis zur Bundestagswahl 2017 befristete Sonderumlage der Kreisverbände zugunsten des Bundesverbands durch. Damit sollte die zentrale Kampagnenführung finanziert werden. Schon mehrere Amtsvorgänger Lindners hatten sich daran verhoven, die insgesamt recht wohlhabenden Parteigliederungen – die regelmäßig Überschüsse aufweisen – in die Pflicht zu nehmen. Denn die mächtigen Landesverbände verstanden es lange, diese Begehrlichkeiten abzuwehren. Erst am Tiefpunkt der FDP wuchs ein Einsehen, dass die Partei nur erfolgreich sein kann, wenn die Organisation verbessert und eine professionelle Arbeit finanziert wird. Erleichtert wurde dies durch die Wahlerfolge in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen im Frühjahr 2015. Hier koordinierte die Bundesgeschäftsstelle die Wahlkämpfe in enger Abstimmung mit den Landesverbänden. Lindner konnte die Delegierten deshalb leicht davon überzeugen, dass erst die einvernehmliche Zusammenarbeit von Bundesverband und Landesverbänden und eine professionelle Wahlkampfbegleitung zum Erfolg führen (Montag 2015: 3 f. und 13 f.).

Die Sonderumlage hat die Parteizentrale erheblich gestärkt und die FDP im Bundestagswahlkampf handlungsfähiger gemacht. Lindner ist im Übrigen damit auch formal mächtiger geworden als jeder andere Bundesvorsitzende vor ihm. Noch vor seinem Triumph bei der Bundestagswahl beschloss der Bundesparteitag der FDP vom 28. bis 30. April 2017 eine dauerhafte Fortsetzung der zentralen Wahlkampfleitung. Ungelöst blieb jedoch deren konkrete Finanzierung. Eine Entscheidung über die dauerhafte Fortsetzung der Sonderumlage kam aus Zeitgründen nicht mehr zustande (Montag 2017b: 18 f.). Auf dem Bundesparteitag im Mai 2018 wurde dies nachgeholt. Die Delegierten stimmten der Beschlussvorlage des Bundesvorstandes reibungslos zu. Der Vorgang war ein eindeutiger Gradmesser für den Einfluss Lindners in seiner Partei nach dem Abbruch der Sondierungsgespräche (Montag 2018: 15 f.).

### **Verbreiterung – Wiederbelebung einer alten Strategie**

Eine weitere strategische Entscheidung Lindners war die Ausweitung der Wähleransprache. Diese verkündete er auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag der FDP am 7. und 8. Dezember 2013 (Montag 2013: 13). Der Liberalismus sollte sich programmatisch erweitern, um für mehr Wählergruppen anschlussfähig zu werden. Lindner war klar, dass die FDP das Image einer Klientelpartei für Reiche loswerden musste. Die Partei sollte jetzt zum Beispiel auch mit Bildungspolitik und Digitalisierung verbunden werden und damit Wähler erreichen, die ihr Kreuz bei der Wahl gewöhnlich nicht bei einer Partei setzen, die scheinbar nur für Steuersenkungen und Entbürokratisierung steht. Das ganze Image der FDP sollte freundlicher und empathischer werden.

Völlig neu war dieser Ansatz allerdings nicht. Es handelt sich vielmehr um die Fortsetzung einer bereits im Zusammenhang mit der Ablösung des Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle im Frühjahr 2011 verkündeten Strategie, die Lindner auch keineswegs im Alleingang entworfen hatte und deren Wurzeln noch tiefer gehen. In einem gemeinsamen Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung erinnerten Lindner, der spätere Bundesvorsitzende Philipp Rösler und Daniel Bahr an die „Wiesbadener Grundsätze“ – das alte Grundsatzprogramm des Jahres 1997 –, die für eine programmatische Öffnung der Partei gestanden hätten:

*„Die FDP hat sich allen Wählern geöffnet, die unsere Lebenseinstellung teilen. [...] Wir würden nicht bestehen, wenn wir hinter diese programmatischen und strategischen Grundlinien zurückfallen würden. Thematische Verengung, die Parteinarbeit für einzelne Wählergruppen, die exklusive und dauerhafte Bindung an nur einen Koalitionspartner, die Radikalisierung von Programm und Rhetorik oder die interne Zirkelbildung sind keine Option für eine liberale Partei“ (Bahr, Lindner und Rösler 2011).*

Bereits vor der Bundestagswahl 2002 erhob die FDP den Anspruch, eine „Partei für das ganze Volk“ zu sein (Vorländer 2013: 273). Die „Karlsruher Freiheitsthesen“, das seit 2012 aktuell gültige Grundsatzprogramm,

knüpfen an dieses Motiv an und thematisieren die Vielfältigkeit der Gesellschaft auffällig oft (FDP 2012). Vor seinem Bruch mit Rösler hatte Lindner – damals noch als Generalsekretär – maßgeblichen Einfluss auf den Prozess der Programmerstellung. In seiner Funktion als Bundesvorsitzender setzte er diese Strategie der Verbreiterung seit 2013 nun selbst verantwortlich um.

Lindner brachte dieser Ansatz zunächst den Ruf eines Sozialliberalen ein. Schon als Generalsekretär unter Westerwelle sprach er zur Irritation mancher Beobachter von Fairness und einem „mitfühlenden Liberalismus“ (z. B. Denkler 2011). Hinzu kommt noch, dass er die FDP offen für Koalitionen in alle Richtungen halten will, was manche ebenfalls als Indiz für eine programmatische Verschiebung nach links werteten (Niedermayer 2013: 128). Dem steht entgegen, dass Lindners Äußerungen – bei genauerer Betrachtung – nur selten den Rahmen des in der FDP bisher Gedachten überschreiten und sich für jede vermeintlich „linksliberale“ Andeutung auch „wirtschaftsliberale“ Ideen in seinen Reden finden. Die Verbreiterung der Wähleransprache und die Koalitionsoffenheit folgen vermutlich viel weniger programmatischen Überzeugungen als der strategischen Überlegung, dass die FDP nur als eine breit aufgestellte und damit eigenständige politische Kraft dauerhaft Wahlerfolge einfahren kann. Dennoch muss die Partei Koalitionsfragen und Programm irgendwie austarieren. Lindner ist vom Konflikt zwischen Programmatik und Regierungsverantwortung seit seinem Eintritt in die FDP im Jahr 1994 sozialisiert (Lindner 2017d). Die Rolle der FDP als Mehrheitsbeschafferin für eine der beiden Volksparteien (Vorländer 2013: 281), die das Bild einer programmatisch beliebigen Partei erzeugte und zu schweren parteiinternen Konflikten führte, sieht er deshalb als Hauptproblem. Anstatt jedoch den Dualismus von Pragmatismus und Ideologie aufzulösen, indem er sich offen für eine bestimmte programmatische Richtung des Liberalismus entscheidet, sprengte er die FDP aus der Umklammerung mit den Volksparteien und hält beide jetzt auf Äquidistanz. Genau das verbirgt sich hinter seinem Anspruch: „Wir lassen uns aber niemals wieder zu einer Funktionspartei“ – also zu einer Mehrheitsbeschafferin ohne programmatischen Anspruch – „machen, weil wir eine Gestaltungspartei

sind!“ (zit. nach Montag 2016: 8). Das lässt eher ein instrumentelles Verhältnis zur keineswegs einheitlichen Programmatik und zu den Strömungen der FDP vermuten. Schließlich könnten sich diese gerade wegen ihres „programmatischen Anspruchs“ völlig konträr zu den politischen Hauptlagern gruppieren. Und es hat eine wahlkampfrelevante Folge.

Das Äquidistanzkonzept ist mit Leihstimmenkampagnen grundsätzlich unvereinbar. Im Bundestagswahlkampf 2013 griff die FDP auf den letzten Metern aus Verzweiflung auf dieses Instrument zurück. Damals warb die Partei um Stimmen der Unionswähler. Ihr Spitzenkandidat Rainer Brüderle brachte das auf die Formel: „Wer Merkel haben will, wählt auch FDP“ (Niedermayer 2013: 124). Lindner hatte von vornherein deutlich gemacht, dass es mit ihm keine Leihstimmenkampagnen oder auch nur Festlegungen auf bestimmte Koalitionsmodelle geben wird. Unterstrichen wird dies durch die lagerunabhängige Offenheit der FDP für ein buntes Koalitionsspektrum. So ist die Partei auf Landesebene seit 2016 in Rheinland-Pfalz mittlerweile Partner der SPD und der Grünen in einer sogenannten „Ampelkoalition“ und in Schleswig-Holstein seit 2017 Teil einer „Jamaika-Koalition“ mit der CDU und den Grünen. Auch die Aufnahme von Sondierungsgesprächen zwischen CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl 2017 und deren Abbruch, der von Lindner geradezu als Absage an die „Funktionspartei“ zelebriert wurde, entspricht diesem Muster. Die Verbreiterung der Wähleransprache führt folglich am Ende auch zu einer größeren Bandbreite an Koalitionsoptionen. Die FDP hat sich damit einen strategischen Vorteil erarbeitet.

### **Leitbildprozess – Imagekorrektur und Machtinstrument**

Ganz auf dieser Linie eines eher instrumentellen Programmatikverständnisses liegt, dass Lindner nach der Übernahme des Parteivorsitzes das gerade erst im Vorjahr verabschiedete neue Grundsatzprogramm nicht weiter antastete, sondern den verunsicherten Parteimitgliedern einen Leitbildprozess eröffnete. Dabei ging es um eine „inhaltliche Profilschärfung und transparente Neuausrichtung der FDP“ (FDP 2015). Der Prozess

wurde ab 2014 durchgeführt. Er ging einher mit rund 300 Veranstaltungen, unter anderem zwei „Freiheitskonventen“, einer „Strategiekonferenz“ und mehreren „Strategieforen“ sowie einer „Online-Werkstatt“. Den Abschluss bildete die Verabschiedung des Leitbildes auf dem Bundesparteitag vom 15. bis 17. Mai 2015. Insgesamt sollen sich – laut Eigendarstellung – fast 14.000 der rund 54.000 FDP-Mitglieder beteiligt haben<sup>1</sup>.

Das Leitbild ist eher eine Form der programmatischen Selbstvergewisserung, mehr Neuakzentuierung als Neuausrichtung der FDP. Auffällig ist vor allem, dass die Liberalen mit den Begriffen „German Mut“ und „Chance“ einen positiven Politikgestaltungsanspruch formulierten und sich damit zu dieser Zeit durchaus auffällig von ihren politischen Konkurrenten absetzten (Montag 2015: 18). Es ist Teil der oben dargelegten Verbreiterung der Wähleransprache. Damit wollten die Liberalen alle Wähler mit optimistisch-fortschrittlicher Haltung ansprechen, die sie als ihr ungehobenes Wählerpotential wieder entdeckt hatten. Die FDP hatte eine von der Marketing-Forschung inspirierte „Wettbewerbsanalyse mit psycho-politischen Methoden“ durchgeführt und war zu folgendem Schluss gekommen:

*„Die Kombination aus Veränderungsbereitschaft und Glaube an Fortschritt einerseits sowie Freiheit, Leistung, Wettbewerb und Individualität andererseits wird von keiner anderen Partei vertreten. Das zeigt, dass es eine Lücke im deutschen Parteiensystem gibt, die nur die FDP schließen kann“ (Buschmann 2015: 23).*

Diese Lücke sollte die FDP ausfüllen. Dabei wurde offenbar unterstellt, dass die Lücke hinreichend groß ist. In der FDP ging man davon aus, dass ihre politischen Inhalte von einer vielfältigen Menge an Bürgern geteilt würden, die der FDP ihr Wahlkreuz lediglich „intuitiv“ verweigert hätten – vor allem weil sie ohne Gestaltungsanspruch, als Neinsager und Statusquo-Bewahrerin aufgetreten sei (Buschmann 2015: 20 und 24). Eine Imagekorrektur der FDP ist nach Buschmann und Lindner nicht möglich ohne Glaubwürdigkeit ihrer engagierten Mitglieder. Mit dem Leitbildpro-

zess setzte die FDP bei ihren Mitgliedern an, die den Liberalismus und das Motiv der Freiheit als Lebensgefühl sichtbar machen sollen (Lindner 2017d: Kap. 4, Buschmann 2015: 25).

An sich ist der ganze Leitbildprozess nicht ungewöhnlich. Nach Krisen versuchen Parteien oftmals, ihre Mitglieder mit Grundsatzdiskussionen und Selbstvergewisserungsstrategien zu mobilisieren, die eine Innen- und Außenperspektive aufweisen. Neu ist für die FDP jedoch das Ausmaß der Online-Beteiligung der Mitgliedschaft.

In der politikwissenschaftlichen Literatur wird dem Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten für einfache Parteimitglieder weitreichende Konsequenzen zugeschrieben. Bukow zum Beispiel spricht davon, dass dadurch die mittlere Funktionärssebene bzw. die Parteitagsdelegierten zugunsten der einfachen Parteimitglieder und insbesondere zugunsten der Parteispitze geschwächt würden (Bukow 2013: 83). Die FDP unter Christian Lindner kann wohl als weiterer Beleg für diese These gelten. Lindner versteht es, Online-Befragungen der Parteimitglieder geschickt für seine Ziele zu nutzen. So setzte er beispielsweise auf dem Bundesparteitag vom 15. bis 17. Mai 2015 seine in der Partei umstrittene Forderung nach einer Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich mit dem Verweis auf eine breite Mehrheit unter den online befragten Parteimitgliedern durch. Inhaltlich geht es bei dieser Forderung darum, dem Bund zu ermöglichen, den Bildungsbereich direkt zu finanzieren, also in eine wichtige Kompetenz der Länder einzugreifen. Nicht wenige Delegierte witterten darin Bildungszentralismus und fürchteten um den Föderalismus als Ordnungsprinzip. Mit dem Verweis auf die Online-Befragung nahm Lindner seinen Kritikern rasch den Wind aus den Segeln (Montag 2015: 4 und 20). Die Forderung wurde gar Bestandteil des Wahlkampfes, worauf später noch eingegangen wird.

Es ist wohl nicht verkehrt zu sagen, dass die FDP über ihren Leitbildprozess die Online-Beteiligung der Basis als ein Instrument etabliert hat, das Lindner machttaktisch in die Hände spielt. Er kann auf Stimmungen



leicht reagieren, die innerparteiliche Legitimation seiner Positionen stärken und sie als Hebel bei externen Verhandlungen einsetzen, wie beispielsweise mit der Ankündigung einer Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag der letztlich gescheiterten „Jamaika-Koalition“ (vgl. zur Ankündigung Opitz 2017)<sup>2</sup>.

### **Im neuen Kleid – aus den Liberalen werden Freie Demokraten**

Zur Imagekorrektur der FDP gehörte auch ein Relaunch ihres Logos. Der optimistische Grundton, ihre Fortschrittsorientierung und der positive Gestaltungsanspruch sollten sich in einer frischeren Außendarstellung der Partei widerspiegeln. Auf dem traditionellen Dreikönigstreffen der Liberalen in Stuttgart am 6. Januar 2015 stellte die FDP ihre neuen Farben vor. Neben dem traditionellen Gelb und Blau, das deutlich „aufgehellt“ wurde, findet sich jetzt noch Magenta. Außerdem wurde der Beiname „Die Liberalen“ ersetzt durch „Die Freien Demokraten“.

Beauftragt worden war mit diesen Änderungen die Werbeagentur „Heimat“, die schon im Jahr 2000 den Landtagswahlkampf für die FDP im Nordrhein-Westfalen mitgestaltete und schließlich auch den Zuschlag für den Bundestagswahlkampf 2017 erhielt. Ihr Geschäftsführer Andreas Mengele wollte mit wärmeren Farbtönen „sichtbar machen, was an Menschlichem und Einfühlsamen im Programm der Partei steht“ und die FDP damit ganz im Sinne Lindners von ihrem kalten Antlitz einer Steuer-senkungspartei befreien (zitiert nach Zwick 2014).

Der Relaunch erfolgte noch vor dem Wahlerfolg in Hamburg im Februar 2015, der den Wiederaufstieg der FDP markierte, und damit in einer Situation höchster Verunsicherung stattfand. Intern war dieser Schritt umstritten und vereinzelt führte er gar zu Parteiaustritten (Geyer-Hindemith 2015, Schäfer 2015). Am Ende setzte sich der Wille zur Erneuerung durch: Die FDP sollte vom Ballast der Vergangenheit befreit werden und die Wähler emotional ansprechen. Darüber hinaus war der Relaunch – und nicht zu unterschätzen: auch der interne Streit über die neuen Farben – ein weiteres Mittel, um die FDP in den Medien und dem Gedächtnis der Wähler zu halten.

### **Bewegungscharakter?**

Die Parteireform, der neue Auftritt und das selbstbewusste Auftreten der FDP im Wahlkampf (und darüber hinaus) trugen Christian Lindner den Ruf ein, ein „deutscher Emmanuel Macron“ zu sein (Quadbeck 2018, Wiegel 2017). Der französische Präsident bestritt seinen eigenen Wahlkampf 2017 mit der auf seine Person ausgerichteten Bewegung „La République en Marche!“. Auch mit dem österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz, dem ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama und dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau wurde er verglichen. Der österreichische Journalist Christoph Prantner suchte nach den verbindenden Merkmalen dieser Politiker und kommentierte, sie hätten „sich ihre Parteien gleich untertan gemacht und ihre eigenen Bewegungen darauf gesetzt“ (Prantner 2017). Alle zeichnen sich durch einen positiven Politikgestaltungsanspruch und eine gekonnte Medieninszenierung aus (Bolz 2017). In einem Interview mit Bild am Sonntag hatte Lindner jedoch bestritten, dass Macron und Kurz seine Vorbilder seien. Er sagte: „Das entspringt journalistischer Fantasie. Wenn ich einen Politiker spannend finde, dann den kanadischen Premier Justin Trudeau. Zum Beispiel wegen seiner liberalen, toleranten und weltoffenen, aber klar geregelten Einwanderungspolitik“ (Eichinger und Uhlenbroich 2017). Die Aussage fiel freilich nach dem Abbruch der Sondierungsgespräche und zielte darauf, die Grünen zu attackieren. Mit anderen Worten: Man sollte sie nicht überbewerten. Trudeau mag für Lindner „spannend“ sein, aber ein Vorbild ist er wohl eher nicht. Einen erkennbaren Umbau der FDP in eine Bewegungspartei unter Lindner lässt sich nicht belegen und seine oben geschilderte Stärkung des Parteiapparats ist im Gegenteil mehr ein Indiz für ein klassisches Verständnis von Parteiorganisation.

Dass Lindner die FDP erneuern, aber nicht grundstürzend umbauen wollte, wurde bereits bei seiner Einschätzung der NEOS (Neues Österreich und Liberales Forum) deutlich. Während die FDP im September 2013 den Bundestag räumen musste, zogen die liberal geprägten NEOS im selben Monat in den österreichischen Nationalrat ein. Sie fielen durch einen frischeren Stil auf und sie versuchten, Nichtmitglieder verstärkt

einzubinden (Fislage 2014). Die FDP sah sich die NEOS genau an. Beide Bundesvorsitzenden kamen auch medienwirksam in Wien zusammen. Gegenüber der Zeit sagte Lindner im Sommer 2015, dass die FDP von den NEOS das „Unverkrampfte, Lockere und diese Authentizität“ lernen könne (Gasser 2015). Aber ihm sei auch klar, dass die FDP eine „Traditionspartei“ ist: „Da empfinde ich auch einen gewissen Stolz, ich will aus dem Erbe meiner Partei nicht austreten“, so Lindners Worte (Gasser 2015).

Zu diesem Erbe gehört auch ihre Herkunft als liberale Honoratiorenpartei, in der alles in allem die Funktionäre den Ton angeben (Höhne und Hellmann 2017: 50). Ein Umbau in Richtung einer Bewegungspartei erscheint da wenig aussichtsreich. Daran ändert auch die starke Ausrichtung der Partei auf ihren Bundesvorsitzenden nichts, die einige Beobachter des politischen Betriebs wohl dazu veranlasst haben mag, Lindner in die Nähe Macrons zu rücken. Die bewegungsartige Erscheinung von Parteien ist nur ein anderer Aspekt des Personalisierungstrends. Sie ist gewissermaßen eine optische Täuschung, denn die Parteien – in denen nach wie vor ein professioneller Apparat das Geschehen bestimmt – bleiben die gleichen. Das gilt auch für die FDP unter Lindner. Allein die vereinzelt höhere Durchlässigkeit der FDP für Kandidaten ohne Parteiausweis könnte in eine andere Richtung weisen. So punktete die FDP im Landtagswahlkampf in Bremen 2015 damit, dass sie mit Lemcke Steiner eine Spitzenkandidatin präsentierte, die eine eher ungewöhnliche Karriere aufweist und damals noch kein FDP-Parteibuch hatte. Lindner sprach sich zudem grundsätzlich dafür aus, Quereinsteiger mehr zu fördern (Montag 2015: 9). Man könnte hier gewissermaßen von einem gedrosselten Bewegungselement sprechen. Zu einer Bewegung macht das die FDP allerdings noch nicht.

1 Zum Stand der FDP-Mitgliedschaft für das Jahr 2016 vgl. Niedermayer (2017: 375).

2 Tatsächlich umgesetzt hat die FDP eine Internetabstimmung zur Koalition mit der CDU in Nordrhein-Westfalen 2017 (vgl. FDP 2017b).

### 3. Der Wahlkampf

Im folgenden Abschnitt sollen einige Besonderheiten der Kampagne der FDP im Bundestagswahlkampf 2017 dargestellt werden. Selbstverständlich kann hier keine umfassende Analyse der Kampagnenführung vorgelegt werden. Das Augenmerk liegt deshalb auf ausgewählten Faktoren, die möglicherweise zum Wahlergebnis der FDP beitrugen sowie auf den augenscheinlichen Mobilisierungsstrategien der Partei.

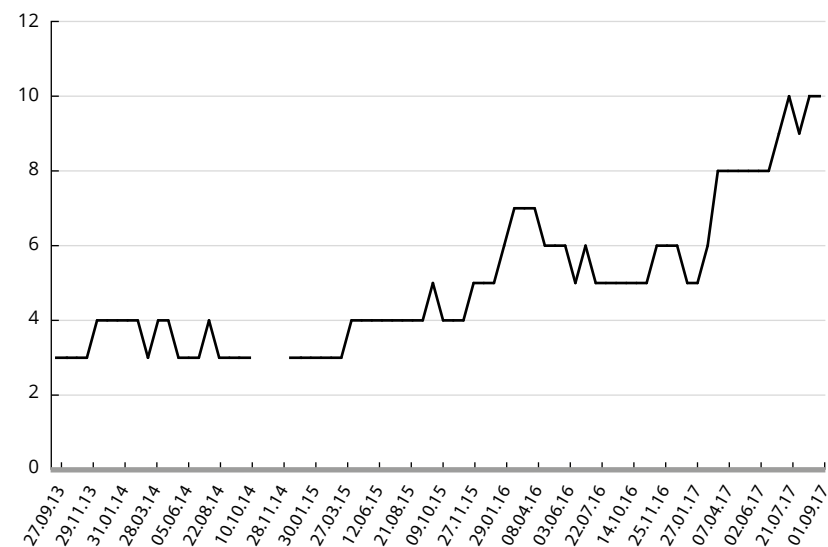
#### Geschlossenheit

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass sich die FDP mit ihrem Führungswechsel 2013 von allen Belastungen und negativen Überbleibseln der Westerwelle-Ära gelöst hatte. Die schwere Niederlage des Jahres 2013 erstickte sämtliche Rückzugsgefechte der Altvorderen. Damit gelang der FDP ein glaubwürdiger Personalwechsel. Die Partei trat gerade im Vergleich zur Vergangenheit ungewohnt geschlossen auf. Kritiker, wie zum Beispiel der ehemalige sächsische Landesvorsitzende Holger Zastrow, zogen sich zurück. Im sächsischen Landtagswahlkampf 2014 hatte er vieldeutig plakatieren lassen: „Sachsen ist nicht Berlin!“. Das konnten FDP-Mitglieder auch als Seitenhieb auf ihre Parteiführung werten. Andere Querdenker und vielleicht auch -treiber wie Wolfgang Kubicki band Lindner in den Bundesvorstand und in eine geschickte Arbeitsteilung ein, die ein hinreichendes Maß an Selbstdarstellung gewährleistete. Die Kampagne wurde auf diese Weise nicht von einem Richtungs- oder Führungsstreit sabotiert.

Diese eiserne Disziplin der Partei ist keineswegs selbstverständlich. Ihre Bedeutung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Die FDP-Mitglieder wurden auf eine harte Probe gestellt, denn der Erfolg bei der Bundestagswahl 2017 zeichnete sich keineswegs von vornherein so eindeutig ab. Nach der Wahl 2013 dümpelte die Partei in den bundesweiten Umfragen im Niemandsland unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Im Herbst 2014 wurde sie sogar von einigen Instituten unter den „Sonstigen“ gelistet, weil ihre Werte unter drei Prozent fielen. Bei den Landtagswahlen 2016 und 2017 glänzte die FDP zwar mit Erfolgen vor allem in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, insgesamt fielen die Ergeb-

nisse für die Partei allerdings durchwachsen aus (Höhne und Hellmann 2017: 18 ff.). Erst Anfang 2016 kämpfte sich die FDP in den bundesweiten Umfragen über die Fünf-Prozent-Hürde zurück, musste um diese Stellung jedoch stets bangen. Ende April 2017 änderte sich die Lage und die FDP stieg in die „sichere Zone“ auf. Ende August war sie bei neun Prozent angelangt. Die Zitterpartei war vorbei, jetzt ging es sogar um die Frage, ob die FDP drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag werden könnte. Mit diesem neuen Wahlziel scheiterte Lindner allerdings an der AfD, die die FDP mit einem Ergebnis von 12,6 Prozent um 1,9 Prozentpunkte überflügelte.

**Abbildung 1: Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen zur FDP 2013 bis 2017**



Angaben in Prozent.

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von Wahlrecht.de (2018a).

### Der Kampf um den dritten Platz – Attacke auf die AfD

In den Umfragen lagen FDP und AfD im Frühjahr und Sommer 2017 dicht beieinander. In dieser Situation rief Lindner das Ziel aus, dass die FDP drittstärkste Kraft im Bundestag werden solle, um vor allem die AfD als Oppositionsführerin zu verhindern. Auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag der FDP am 17. September 2017 sagte er:

*„Die eigentlich wichtige Frage ist: Wer wird dritte Kraft? [...] Es ist ein Rennen zwischen Freien Demokraten und AfD, wer dritte Kraft in unserem Land wird. Und wir, wir kämpfen dafür, diese dritte Kraft zu sein, weil es nicht sein kann, dass auf eine mögliche neue Große Koalition eine Partei antwortet, die von völkisch-autoritären Urteilen bestimmt ist. [...] Kommt es zu einer neuen Großen Koalition, brauchen wir doch endlich wirksame konzeptionelle Oppositionsarbeit. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen haben wir die AfD bereits im Parlament. [...] Wenn ich jetzt mal absehe von der völkisch-autoritären Rhetorik, kam da nichts. [...] Wegen der politischen Kultur und weil eine neue Große Koalition die FDP als eine Oppositionsführerin braucht. Und wenn es eine kleine Koalition gibt, dann ist die SPD Oppositionsführerin. Auch das ist besser für unser demokratisches Miteinander als die AfD“ (Lindner 2017c).*

Linders Vorstoß hatte zwei Stoßrichtungen: Einerseits signalisierte er, dass das Rennen zwischen Union und SPD bereits ausgemacht sei und dass alles wieder erneut auf eine Kanzlerschaft Angela Merkels hinauslaufe. Er förderte damit – ob beabsichtigt oder nicht, sei dahingestellt – die Demobilisierung der Anhänger von Union und SPD. Andererseits mobilisierte Lindner mit dem Angriff auf die AfD die eigenen Kräfte, indem er signalisierte, dass unterhalb der Volksparteien noch nichts entschieden sei.

Deutlich erkennbar war auch Lindners Bemühen, sich als Sammelbecken für alle zu stilisieren, die mit der Aussicht auf eine erneute Große Koalition wenig glücklich waren. Dabei hatte er keineswegs die engere liberale Anhängerschaft im Blick, sondern er setzte Themen, die eben auch bei

Wählern der AfD hätten punkten können. Im Wahlkampf relativierte er die doppelte Staatsbürgerschaft und machte damit der AfD die Domäne der Einwanderungspolitik streitig. Darüber hinaus sprach er sich für ein gemäßigteres Auftreten gegenüber Russland aus, wo doch sonst immer die AfD die Völkerrechtsverstöße und die spalterische Politik Russlands rechtfertigte. Lindner wagte hier eine Gratwanderung, die der FDP den Ruf einbrachte, als gemäßigte „Protestpartei“ aufzutreten (Busse 2017).

### **Doppelte Staatsbürgerschaft**

In den vergangenen Jahren provozierten mehrfach verschiedene Vertreter der AfD medienwirksam die deutsche Öffentlichkeit mit Aussagen über einzelne Fußballspieler der deutschen Nationalmannschaft mit Migrationshintergrund. So beklagten Alexander Gauland und Frauke Petry, dass Mesut Özil die Nationalhymne nicht mitsinge (n-tv 2016). Im Vorfeld des FDP-Bundesparteitages vom 28. bis 30. April 2017 ließ nun auch Christian Lindner durchblicken, dass er das nicht gut finde. Auf die Frage von Journalisten des Stern: „Sollte Mesut Özil vor Länderspielen die Nationalhymne mitsingen?“ antwortete er schlicht mit „Ja“ (Hoidn und Vornbäumen 2017). Die Aussage entfaltete einen gewaltigen Presse Sturm, so dass sich der PR- und Politikprofi Lindner auf dem Bundesparteitag vermeintlich erstaunt über die Reaktion zeigte, gleichzeitig seine Position aber bekräftigte. Die ganze Maßnahme zielte vermutlich von vornherein auf eine Steigerung der Bekanntheit des FDP-Spitzenkandidaten und wirkte eher koordiniert. Sie begleitete einen Änderungsantrag des Wahlprogrammwerfs, den Lindner auf dem Bundesparteitag einbrachte. Ursprünglich sah der Entwurf des Bundestagswahlprogramms noch ein uneingeschränktes Bekenntnis zur doppelten Staatsbürgerschaft vor. Lindner setzte eine Limitierung der doppelten Staatsbürgerschaft auf die dritte Generation durch. Außerdem legte sich der Parteitag auf klare Kriterien für die Integration fest und bekannte sich zum Verfassungspatriotismus (Montag 2017b: 6, 14 ff.).

Was auf den ersten Blick wie ein Nachlaufen hinter populistischen Parolen klingt (vgl. AfD 2017: 32) – und auch von zahlreichen FDP-Ver-

tretern so kritisiert wurde –, ist durchaus ein innerparteilich austariertes Kompromissangebot. Die doppelte Staatsbürgerschaft wurde nicht rundheraus abgelehnt, sondern nur begrenzt. Außerdem bekannte sich die FDP auch explizit zu Deutschland als „Zuwanderungsland“. Und die Betonung des „Forderns“ in der Integrationspolitik leitet sich letztlich aus dem liberalen Leistungsverständnis ab und nicht aus einem rassistischen Kontext. Lindner hat also lediglich den Akzent in der Einwanderungspolitik der FDP verschoben, ohne das liberale Grundverständnis umzustürzen oder die Position der AfD einfach zu übernehmen. Diese feine Differenzierung fiel jedoch nicht allen unmittelbar auf (z. B. Fricker 2017) und führte zu einer gewissen Unbestimmtheit.

Möglicherweise war diese Unbestimmtheit auch gewollt, um national-konservative Wähler zu gewinnen und gleichzeitig die eigene liberale Anhängerschaft nicht gänzlich abzuschrecken. Ein gewisses Risiko barg diese Strategie allemal: Der Zugewinn in einer Milieugruppe hätte zum Verlust in einer anderen führen können. Hilfreich für Lindner war jedoch der Zeitpunkt. Das flüchtige Medieninteresse verlagerte sich rasch auf den Zehn-Punkte-Katalog zur deutschen Leitkultur, den Bundesinnenminister Thomas de Maizière kurz darauf vorlegte (Weiland 2017). Außerdem betrug der „Sicherheitsabstand“ zum Wahlabend zu diesem Zeitpunkt noch fast fünf Monate. Es blieb also genügend Zeit, um Zweiflern klarzumachen, dass die FDP keine AfD in blau-gelb-magenta-farbigem Gewand ist.

### **Russland-Politik**

Anfang August 2017 – also zum Auftakt der „heißen“ Wahlkampfphase – forderte Christian Lindner einen Neustart in den Beziehungen zu Russland. In einem Interview sagte er:

*„Wir müssen raus aus der Sackgasse. Ich bin einerseits auch hier für Entschiedenheit, eine klare Rückenstärkung unserer osteuropäischen NATO-Partner und das Festhalten an der Priorität der Beziehungen zu den USA. Andererseits muss es Angebote geben, damit Putin ohne*

*Gesichtsverlust seine Politik korrigieren kann. Die Sanktionen sollten nicht erst fallen können, wenn das Friedensabkommen von Minsk vollständig erfüllt ist. Auch positive Zwischenschritte müssen gewürdigt werden. Wir sollten versuchen, in das Verhältnis zu Russland wieder Bewegung zu bekommen. Sicherheit und Wohlstand in Europa hängen auch von den Beziehungen zu Moskau ab. Um ein Tabu auszusprechen: Ich befürchte, dass man die Krim zunächst als dauerhaftes Provisorium ansehen muss“ (Gaugele 2017).*

Und auf die Nachfrage hin, ob er sich mit der Annexion der Krim durch Russland abfinde, erklärte Lindner:

*„Nein, aber diesen Konflikt wird man einkapseln müssen, um an anderen Stellen Fortschritte zu erzielen. Die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion haben wir auch nie anerkannt, trotzdem konnten Staatsmänner wie Willy Brandt und Walter Scheel eine Ostpolitik entwickeln, die Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher fortgesetzt haben, bis hin zur deutschen Einheit. Dieser Wandel durch Annäherung von einem festen Fundament aus war neues Denken. Das brauchen wir auch heute, für mehr Dialog und mehr Kreativität im Umgang“ (Gaugele 2017).*

Mit diesen Worten löste Lindner eine Diskussion aus, die die Partei auch nach der Bundestagswahl weiter umtreibt. Wie schon bei der doppelten Staatsbürgerschaft operierte Lindner bei der Frage der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland allerdings im Ungefähren: Einerseits macht er deutlich, dass die Sanktionen der falsche Weg seien und die Annexion hingenommen werden müsse. Andererseits will er aber die Annexion nicht eindeutig anerkennen und plädiert vage für „Entschiedenheit“. Lindners Aussage wirkt wie ein halbgares Angebot an potentielle Wähler der Wladimir Putin nahestehenden AfD – und vermutlich ungewollt der Partei Die Linke (Herzinger 2017). Dass es sich lediglich um ein wahltaktisches Manöver zur Erringung des drittens Platzes handelte, zeigte sich nach der Bundestagswahl. Einstimmig bekannte sich der Bundesvorstand am 19. Januar 2018 zu den Sanktionen gegen

Russland und schloss auch deren Verschärfung nicht aus. Die Sanktionen sollten demnach erst bei einem „substanziellen Einlenken der russischen Regierung“ gelockert oder aufgehoben werden (FDP 2018a: 2).

Allerdings sollte das Wahlkampfmanöver auch nicht als innerparteiliches Signal unterschätzt werden, denn Lindner stellte sich damit in die Tradition Genschers und traf einen Nerv insbesondere der Vertreter ostdeutscher Landesverbände. Das wurde schnell sichtbar, nachdem Wolfgang Kubicki im März 2018 im Deutschlandfunk (2018b) davon sprach, die Sanktionen gegen Russland schrittweise zu beenden und damit eine parteiinterne Debatte auslöste. Während Lindner von seiner Wahlkampfäußerung Abstand nahm, indem er an den Beschluss des Bundesvorstands erinnerte und Kubickis Position als Teil des Meinungsstreits innerhalb der FDP abtat (Weiland 2018), bereitete der thüringische Landesverband einen Antrag für den Bundesparteitag im Mai 2018 vor, der sich gegen die Sanktionen aussprach. Unterstützung erhielt Kubicki zudem vom Lindner-Kritiker Holger Zastrow aus dem sächsischen Landesverband (Szymanski 2018). Lindner selbst sprach davon, dass es in den ostdeutschen Landesverbänden mit Blick auf Russland „eine andere Nuancierung“ als im Westen gebe (zitiert nach Huth, Jungholt und Schuster 2018). Die verschiedenen „Nuancierungen“ innerhalb der FDP lösten sich freilich im Ungefähren von Lindners Wahlkampfaussage auf. So gesehen hat seine Äußerung zur Russlandpolitik im Wahlkampf zur weiteren Geschlossenheit seiner Partei beigetragen – die allerdings nicht über den Wahltermin hinaustrug.

Schon vor dem offiziellen Beginn der Sondierungsgespräche für eine „Jamaika-Koalition“ kritisierte Kubicki im Oktober 2017 in einem Interview mit dem Spiegel die bestehenden Sanktionen gegen Russland (Sauga und Schult 2017). Es folgten weitere Äußerungen (vgl. Lohse und Wehner 2018, Kubicki 2018) und schließlich im März 2018 sein bereits erwähntes Deutschlandfunk-Interview. Dieses Engagement rückte Kubicki in die Nähe des Klientelismus und ließ ihn damit als Vertreter der „alten“ FDP Westerwelle'scher Prägung erscheinen. Einige Beobachter warfen

die Frage auf, wie ein nachgiebiger Umgang mit Wladimir Putins Russland zum Verständnis der Liberalen als Verfechter der Rechtsstaatlichkeit passen könne (Herzinger 2018). Die Presse beschäftigte sich gerade angesichts der Parallelen zu Äußerungen von AfD-Vertretern mit den Hintergründen für Kubickis Haltung. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung zitierte ihn mit folgenden Worten: „Ich habe in meiner Rechtsanwaltskanzlei drei Unternehmen, die Pleite gegangen sind wegen der Sanktionen, weil sie aufs Russland-Geschäft gesetzt haben.“ (Wehner 2018) Und auch sein Einsatz für den umstrittenen Bau der Gasleitung „Nord Stream II“ von Russland nach Deutschland wurde unter die Lupe genommen. Die FDP hat viel Energie darauf verwendet, ihr Ansehen zu verbessern und das Image einer Klientelpartei loszuwerden. Mit dem Traditionsverweis auf die Prinzipien der Außenpolitik Genschers kann ein möglicher Imageschaden für die FDP nicht mehr abgewehrt werden. Seine gegen die AfD gerichteten Äußerungen zur Russlandpolitik im Wahlkampf wären beinahe zum Bumerang für Lindner in der Bundestagsopposition geworden.

### ***Alles vergebens?***

Den Kampf um die erste Stelle unter den Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag hat die FDP letztlich verloren. Die Rolle der „Oppositionsführerin“ ging an die AfD. Hat sich die Attacke auf die Rechtspopulisten damit überhaupt gelohnt?

Lindners Manöver könnten der FDP zumindest mehr Aufmerksamkeit eingebracht haben. Wie groß ihr Einfluss am Ende auf das Wahlergebnis war, lässt sich allerdings nicht festmachen. So könnte der Anstieg der Umfragewerte ab August 2017 genauso gut mit den Auftritten Lindners bei den Fernsehduellen oder der digitalen Kampagne der FDP zu tun haben (vgl. Voigt und Seidenglanz 2017) wie mit einer gesteigerten Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit seinen Äußerungen zu den Sanktionen gegen Russland. Ebenso ist nicht ausgeschlossen, dass Lindners Äußerungen zum Mitsingen der Nationalhymne etliche liberal gestimmte potentielle FDP-Wähler abschreckten, das heißt also, dass sie den dritten Platz sogar verhindert haben könnten.

Entscheidender sind vielleicht die Auswirkungen auf die Partei selbst. An der Hymnenfrage hätte sich die alte FDP heillos zerstritten. Der Journalist Nikolas Busse kommentierte treffend: „Dieses Manöver war nur in der außerparlamentarischen Wüste möglich“ (Busse 2017). Das Thema ist jetzt freilich abgeräumt und der Parteitagsbeschluss – wie oben gezeigt – ein innerparteiliches Kompromissangebot, mit dem die verschiedenen Gruppierungen in der FDP leben können.

Hinsichtlich der Russland-Frage sieht das etwas anders aus. Sie ist verknüpft mit dem Namen des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wolfgang Kubicki und hat deshalb ein größeres Konfliktpotential. In der Presse ist bereits die Rede von „Machtkampf“, vom „Ende des Burgfriedens in der FDP“ und davon, dass „Kubicki sich wieder verstärkt als Einzelgänger profilieren würde“ (Szymanski 2018, Sirleschtov 2018, Hickmann und Schult 2018). Soweit muss es freilich nicht kommen. Die Unterstützer für ein Ende der Russland-Sanktionen finden sich vor allem unter den Landesverbänden im Osten der Republik. Diese sind allerdings im Vergleich zu den westlichen Landesverbänden insgesamt eher schwach. Der nordrhein-westfälische Landesverband, Lindners Hausmacht, ist mit Abstand der größte. Zusammen mit den Landesverbänden von Baden-Württemberg und Bayern stellt er über die Hälfte der Delegierten auf den Bundesparteitagen (Höhne und Hellmann 2017: 52). Den Machtkampf konnte Lindner auf dem Bundesparteitag im Mai 2018 folglich rasch zu seinen Gunsten entscheiden. Die Delegierten bekannten sich zu den Sanktionen gegen Russland. Allerdings signalisierten sie auch Kompromissbereitschaft an die innerparteilichen Gegner, indem sie für einen differenzierten Blick auf Russland warben (Montag 2018: 19 ff.). Lindner hatte auf dem Bundesparteitag im April 2017 angekündigt, die Verankerung der FDP in Ostdeutschland voranzutreiben (Montag 2017b: 8). Allein auf einen reinen Konfrontationskurs zu setzen, scheint deshalb nicht opportun. Der ganze Vorgang könnte dazu führen, dass die FDP das Projekt „Aufbau Ost“ insgesamt geplanter angehen könnte. So gesehen hätte die Attacke auf die AfD am Ende zumindest die Parteiorganisation vorangebracht.

### Die strategischen Themen

Neben den taktischen „Aufregern“ – doppelte Staatsbürgerschaft und Russland-Sanktionen – fiel die FDP vor allem durch zwei strategisch längerfristig gesetzte Wahlkampfthemen auf: Digitalisierung und „Start ups“ sowie Bildungspolitik oder vielmehr die Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich. Beide Themen sind Ausdruck der Parteimodernisierung. Sie sollten das Image einer frischeren und innovativeren FDP erzeugen, die die „echten“ und die „heutigen“ Probleme angeht.

#### Die „Beta-Republik“

Bereits auf dem Bundesparteitag im April 2016 hatte die FDP die Digitalisierung zum zentralen Wahlkampfthema erhoben. Im Bundestagswahlprogramm wurde es als Querschnittsthema angelegt. So forderten die Liberalen unter anderem die Digitalisierung der Bildung, mehr Geld für die Bereitstellung der digitalen Infrastruktur und für den Glasfaserausbau, Open-Data- und Open-Government-Strategien sowie eine Anpassung des Datenschutzes an die neuen Herausforderungen. All das sind im Grunde keine Alleinstellungsmerkmale der FDP. Selbst die Forderung nach einem Digitalministerium (FDP 2017a: 143) ist eigentlich eine sehr klassisch-konventionelle Antwort des Staates auf neue politische Herausforderungen. Sie brachte der FDP allerdings Aufmerksamkeit, weil die sonst eher auf Entbürokratierung bedachten Liberalen hier eine neue Behörde verlangten, um zu zeigen, wie wichtig ihnen das Thema ist.

Die originelle Leistung der FDP besteht vielmehr darin, dass sie das Thema Digitalisierung mit dem verbunden hat, was Lindner als eine neue Kultur des Scheiterns bezeichnete und mit der Forderung nach einer neuen Gründerkultur unter dem Modewort „Start up“ konkretisierte. Digitalisierung sollte für Chancen stehen und nicht mit Ängsten assoziiert werden. Diese positive Verknüpfung geht zurück auf seine „Wutrede“ im Landtag Nordrhein-Westfalens vom 29. Januar 2015. Lindner arbeitete sich damals gerade an der Rede der damaligen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft von der SPD ab, die unter anderem mehr Gründer in der Wirtschaft und insbesondere im digitalen Bereich forderte, als er von

einem Zwischenruf unterbrochen wurde, der ihn an das Scheitern seines eigenen Internetunternehmens erinnerte. Er nutzte den „dämlichen Zwischenruf“ eines SPD-Abgeordneten, um deutlich zu machen, dass die Bereitschaft zur Unternehmensgründung mit Experimentieren und damit mit dem Risiko des Scheiterns einhergeht. Der persönliche Anwurf belege, so Lindner, warum

*„... junge Leute heute lieber in den öffentlichen Dienst gehen, anstatt sich zu gründen. Weil man nämlich, wenn man Erfolg hat, in das Visier der sozialdemokratischen Umverteiler gerät, und wenn man scheitert, ist man sich Spott und Häme sicher. [...] Es sind übrigens meist solche Sozialdemokraten, die das ganze Leben im Staat gearbeitet oder vom Staat gelebt haben, die anderen unternehmerisches Engagement vorwerfen“ (Lindner 2015).*

Der „Wutausbruch“ wurde in Youtube eingestellt und verbreitete sich rasend schnell. Mitte Februar 2015 hatten ihn bereits über 427.000 Internetnutzer angesehen – für eine Politikerrede ein sensationeller Erfolg.

Das Wahlkampfthema Digitalisierung in Verbindung mit einer neuen Gründerkultur ist der FDP also eher zufällig in den Schoß gefallen, wurde dann aber gezielt aufgebaut. Als Spitzenkandidat konnte Lindner das Thema authentisch und glaubwürdig repräsentieren – beinahe ein Idealfall für die Kampagnenführung. Hinzu kommt, dass die propagierte Kultur des Scheiterns und Experimentierens die FDP sympathischer machte und damit ganz in Lindners Verbreiterungskonzept passte. In seiner Biographie erklärt er: „Die FDP zeigte Emotion, das kannten viele Menschen von uns nicht mehr“ (Lindner 2017d: Kap. 5).

Als isoliertes Thema ist die Digitalisierung möglicherweise den FDP-Mitgliedern ansonsten genau so nahe bzw. fern wie in den anderen Parteien. Zumindest als das Thema auf dem Bundesparteitag im April 2016 platziert wurde, war ein gewisses Fremdsein unter den Delegierten spürbar. Der Bundesparteitag fand unter dem Motto „Beta Republik Deutsch-

land“ statt, eine Anspielung auf die Testversion einer neuen Software. Das Motto sollte „hip“ wirken, führte bei manchen Delegierten allerdings eher zu Irritationen (Tenfelde 2016). Die FDP ringt mit sich selbst über die gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung. Eine „Magna Charta“ für die digitale Welt, die Lindner einstmals auf dem Dresdener Bundesparteitag 2014 angekündigt hatte, hat die Partei sodann nie vorgelegt (Montag 2014: 4 und 12). Umgekehrt belegt dies nur, wie sehr das Thema mit der Person des Bundesparteivorsitzenden verbunden ist. Dafür musste er es freilich erst aus dem liberalen „Datenschutzkäfig“ befreien.

#### ***Das Kooperationsverbot***

Der Einsatz für eine Abschaffung des im Zuge der Föderalismusreform I im Jahr 2006 eingeführten Kooperationsverbots im Schulbereich zwischen Bund und Kommunen war ein weiteres strategisches Thema der FDP. Allerdings wäre es verkehrt, es als reinen bildungspolitischen Ansatz zu verstehen.

Wie bereits erwähnt, setzte Lindner diese Forderung auch gegen Widerstände in seiner Partei auf dem Bundesparteitag im Mai 2015 durch. Er stärkte dabei seine Autorität mit dem Verweis auf die Online-Mitgliederbefragung der Basis und relativierte so ordnungspolitische Bedenken unter den Delegierten, die traditionell eher für einen starken Föderalismus stehen. Während der laufenden Sondierungsgespräche Mitte November 2017 veröffentlichte Lindner in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Beitrag, in dem er die Hintergründe seiner Position erläuterte: Er warnte vor einem Bildungsföderalismus, der sich nur noch als „Selbstzweck“ versteht. Lindner lockte sogar mit dem Angebot, „[s]ich von der Lebenslüge zu trennen, dass die Konkurrenz zwischen 16 Ländern die Qualität der Bildung per se verbessere, wäre ein Durchbruch einer möglichen schwarz-gelb-grünen Koalition“ (Lindner 2017b). Die beiden Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg Armin Laschet (CDU) und Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) hatten wenige Tage zuvor noch in der gleichen Zeitung vor einer

Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit der Länder gewarnt (Kretschmann und Laschet 2017). Lindner nutzte die Gelegenheit für eine Provokation, bei der es ihm aber eher um den gesamten Imagewandel der FDP ging.

Das Thema verschaffte ihm die Möglichkeit, seine Freien Demokraten als lebensnahe Partei darzustellen, die sich um die Sorgen und Nöte der Eltern kümmert, anstatt ideologische Debatten zu führen. Außerdem signalisierte er Mut zu einer positiven Veränderung. Dabei konnte er sich allerdings auf der sicheren Seite sehen, denn viele Deutsche sind von der bildungspolitischen „Kleinstaaterei“ genervt (Rauh 2017). Lehrbuchgemäß bestätigte Lindner mit seiner Themensetzung eine bereits vorhandene Position vieler Wähler. Genau das wird in der politikwissenschaftlichen Literatur als Voraussetzung für eine erfolgreiche Themensetzung angesehen (Moeckli 2017: 83 f.).

#### **„One-Man-Show“?**

Die konsequente Ausrichtung des Wahlkampfes auf den Spitzenkandidaten brachte der FDP den Ruf ein, eine „One-Man-Show“ zu sein. Im Spiegel witzelte zum Beispiel Markus Feldenkirchen (2018) über die „FDP-Nachfolgeorganisation CLP (Christian-Lindner-Partei)“. Neben der Stärkung von Lindners Stellung innerhalb seiner Partei mögen dabei sicherlich die Plakataktion und die Wahlwerbesspots der FDP-Kampagne „Denken wir neu“ beigetragen haben. Sie setzten vor allem Christian Lindner in Szene. Die Wahlplakate zeigten Schwarz-Weiß-Fotografien von Lindner – aufgenommen vom Starfotografen Olaf Heine –, die mitunter an Hugo-Boss-Werbung erinnern (Löhr 2017). Ergänzt wurden sie vom FDP-Logo und jeweils einem Zitat Lindners in den Farben der Partei. Die Slogans waren durchaus markig bzw. wie es der damalige Bundesgeschäftsführer Marco Buschmann formulierte: „mutig“ (Unckrich 2017). „Nichtstun ist Machtmissbrauch“ und „Nur weil Kinder gerne im Dreck spielen, müssen die Schulen nicht so aussehen“, heißt es da. Oder mit Blick auf die Chancen der Digitalisierung: „Digital first. Bedenken second“ und „Das Digitalste in der Schule dürfen nicht die Pausen sein“. Zum Thema innere Sicherheit gab es das vollmundige Zitat „Nicht mehr Gesetze fangen Verbrecher, sondern mehr Polizisten“.



Im Internet tauchte aus ungeklärter Quelle ein Bild auf, das einen lässigen Christian Lindner mit dem Spruch zeigt: „Wen interessieren schon Inhalte, wenn man so ein geiler Typ ist?“ Damit zog er Spott und Satire der politischen Gegner auf sich. Jürgen Trittin von Bündnis 90/Die Grünen zum Beispiel postete auf Twitter ein verfremdetes Bild mit dem Spruch: „Freie Fahrt für freie Porsche-Fahrer? Eigentlich wollte ich nie etwas anderes“ (WAZ 2017). Das Gleiche gilt für die Wahlwerbepots, die vereinzelt Sequenzen mit Einblicken in den – mitunter nicht geschönten – Alltag Lindners inszenieren (FDP 2017c). Die Beschäftigung der Medien, der Netzgemeinde und der politischen Wettbewerber mit der auffälligen Wahlwerbung dürfte der FDP noch weitere Aufmerksamkeit beschert haben.

Überhaupt setzte sich die FDP-Wahlkampagne mit einem gewissen Witz gegenüber ihren politischen Mitbewerbern ab. So vermittelt beispielsweise ein relativ einfach gemachter Spot mit Lindner, der den Amazon-Sprachcomputer „Alexa“ mit Begriffen wie „Katasterfortschreibungsgebührenwiedereinführungsgesetz“ überfordert, die liberale Kernforderung nach Entbürokratisierung (Meedia 2017). Er belegt zudem, dass der Vorwurf, die Kampagne sei völlig inhaltsleer, nicht zutrifft. Vielmehr hat sich die Kampagnenführung der FDP ernsthaft darüber Gedanken gemacht, wie sie die potentiellen Wähler erreichen kann. Marco Buschmann formulierte diesen Anspruch wie folgt:

*„Für eine Partei, deren Produkt etwas so Abstraktes ist wie ein Parteiprogramm, ist es per se schwierig, die Leute zum Zuhören zu bringen. Bei uns kommt dann noch dazu, dass wir uns komplett neu aufgestellt haben und aktuell nicht mal mehr im Bundestag vertreten sind. Es war klar, dass wir unter diesen Voraussetzungen unkonventionelle Wege gehen müssen, um die Menschen zu erreichen“ (Unckrich 2017).*

Lindner selbst verteidigte die starke Fokussierung der Kampagne auf sich mit dem Verweis auf den allgemeinen Trend zu einer Personalisierung der Politik: „In Wahlkämpfen ist die Fokussierung auf das Spitzenangebot

ein notwendiges Instrument, um Identifikation, Zuspitzung und Erkennbarkeit zu sichern. Wir haben es bewusst und konsequent eingesetzt“ (Lindner 2017d: Kap. 7). Auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart am 6. Januar 2018 hielt er seinen parteiinternen Kritikern entgegen: „Ich muss sagen, zur Zeit der außerparlamentarischen Opposition ist eine One-Man-Show besser als eine No-Man-Show“ (Lindner 2018: 3). Das hätte auch aus einem politikwissenschaftlichen Lehrbuch stammen können.

Insgesamt lässt sich sagen, dass sich die FDP mit ihrer Wahlkampagne „Denken wir neu“ deutlich von ihren politischen Mitbewerbern absetzte und so Aufmerksamkeit erzeugte. Auch wenn die Kampagne stark auf Lindner zugeschnitten war, so inszenierte sie ihn doch nicht abgehoben oder unnahbar, sondern um Authentizität bemüht. Fragwürdig wurde die Wahlkampagne erst nach dem Abbruch der Sondierungsgespräche durch Lindner und den Gang der „Gestaltungspartei“ FDP in die Opposition.

## 4. Macht sich der Modernisierungskurs bemerkbar?

Die FDP ist wieder in den Deutschen Bundestag eingezogen. Dieses 2013 von Christian Lindner ausgerufene Ziel wurde nicht nur einfach erreicht, sondern das Parlament mit 10,7 Prozent der Wählerstimmen und einer Fraktionsstärke von 80 Abgeordneten geradezu überwältigend erstürmt. Das Ergebnis spricht für sich und dennoch: Ist dies ein Ausweis für den Erfolg von Lindners Modernisierungskurs? Sein Reformpaket sah vor, der unter Guido Westerwelle als einseitig und „kalt“ wahrgenommenen FDP ein menschlicheres Antlitz zu verleihen. Lindner hatte in diesem Zusammenhang – wie bereits oben dargelegt – schon 2010 den Begriff des „mitfühlenden Liberalismus“ geprägt und diesen – weil er ihn in die Nähe des Sozialliberalismus rückte – nun mit dem Begriff des „360-Grad-Liberalismus“ eingehaust. Die monothematische Verengung vor allem auf die „unsoziale“ Steuerpolitik hatte der FDP 2013 Stimmen gekostet. Lindner sah für die FDP als „aggressive Nischenpartei“ deshalb keine Zukunft mehr (Lindner 2017d: Kap. 4). Mit einem neuen, freundlicheren Image sollten stattdessen nicht nur ehemalige FDP-Anhänger zurückgewonnen, sondern auch neue Wählergruppen erschlossen werden. Ob diese Rechnung aufgegangen ist, soll im folgenden Abschnitt betrachtet werden.

### Eine Frage des Bezugspunktes – das Wahlergebnis

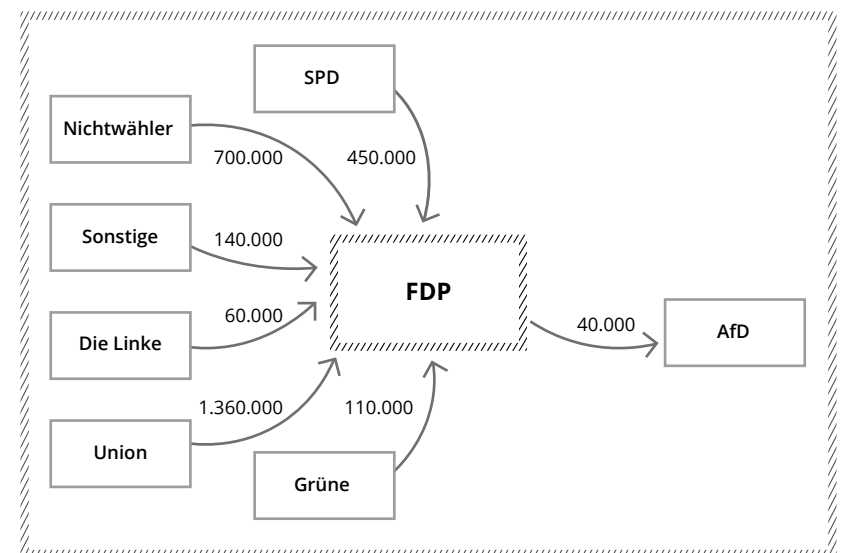
Schon der genauere Blick auf das Wahlergebnis der FDP stimmt allerdings nachdenklich. Das Jubelergebnis der Bundestagswahl 2009, die den Liberalen 14,6 Prozent einbrachte, und der tiefe Fall im Jahr 2013 mit ihren 4,8 Prozent erscheinen in der Rückschau als Ausreißer. Das Bundestagswahlergebnis des Jahres 2017 ähnelt auffällig dem des Jahres 2005. Damals erzielte die FDP im Zweitstimmenergebnis 9,8 Prozent. In absoluten Zahlen entsprach das 4.648.144 Wählern (Der Bundeswahlleiter 2005). Im Jahr 2017 fuhr sie mit 10,7 Prozent 4.999.449 Wählerstimmen ein (Der Bundeswahlleiter 2017). Es scheint, als würde die FDP an ihre alten Ergebnisse anknüpfen. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man den aktuellen Wert mit dem durchschnittlichen Wahlergebnis seit 1949 vergleicht (s. Grabow und Pokorny in dieser Reihe). Die FDP kommt dabei auf etwas mehr als neun Prozent. Dieser Befund lädt eher zur nüchternen Betrachtung des Wahlsiegs der FDP im Jahre 2017 ein. Zumindest ein

auf das reine Wahlergebnis verengter Blick würde folglich den Erfolg des Modernisierungsprozesses hinsichtlich der Mobilisierung über ihr bisheriges Potential hinaus relativieren.

### Wählerwanderungsbilanz

Ähnliches legen allerdings auch die Zahlen der Wählerwanderungsbilanz nahe. Die FDP profitierte in der Bundestagswahl 2017 vor allem von 1.360.000 ehemaligen Wählern der Union. Darüber hinaus konnte sie 700.000 Wähler mobilisieren, die 2013 der Wahl ferngeblieben waren. 450.000 Stimmen zog die FDP von der SPD ab, 140.000 Wähler kamen von den sonstigen Parteien, 110.000 von Bündnis 90/Die Grünen und immerhin noch 60.000 von der Partei Die Linke. An die AfD verlor die FDP lediglich 40.000 Wähler (Neu und Pokorny 2017: 22).

Abbildung 2: Wählerwanderungsbilanz der FDP – Bundestagswahl 2017



Quelle: Eigene Darstellung nach Neu und Pokorny (2017).

Das sah 2013 noch ganz anders aus. Damals musste die FDP 2.110.000 Wähler an die Union abgeben, 530.000 an die SPD, 460.000 an das „Nichtwählerlager“, 430.000 an die AfD, 170.000 an Bündnis 90/Die Grünen und 90.000 an die Partei Die Linke (Neu 2013: 28 f., Statista 2013). In gewisser Hinsicht haben die Liberalen einen großen Teil ihrer verlorenen Wähler vor allem von der Union zurückgeholt – aber eben nicht mehr. Eine Verbreiterung des Wählerspektrums der Partei lässt sich demnach anhand der Wählerströme nicht zweifelsfrei belegen.

### Imagekorrektur

Anders sieht es beim Image aus. Die Nachwahlbefragung der Forschungsgruppe Wahlen zeigt, dass der FDP nach einem in Deutschland bis dahin nie dagewesenen Imageverlust im Jahr 2013 eine ebenso ungewöhnliche Imageverbesserung gelang. Auf einer Mittelwertskala von -5 bis +5 verbesserte sich die FDP von -0,9 auf +0,7 (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 22 f.). Damit ist freilich noch nicht gesagt, ob dies eine Folge der thematischen Verbreiterung sein könnte. Bei den Themen konnte die FDP ausgerechnet mit ihrer Steuerpolitik – also einem eher klassisch-liberalen Thema – punkten. Für den Erfolg der Verbreiterungsstrategie spricht eher, dass die FDP offenbar mit dem Thema „Bildungspolitik“ durchdringen konnte. Anscheinend zahlte sich Lindners oben skizzierter Einsatz für eine Reform des deutschen Bildungsföderalismus aus. Wichtiger als die Themen waren womöglich allerdings das positive Ansehen ihres Spitzenkandidaten Christian Lindner (+1 auf einer Skala von -5 bis +5) sowie taktische Motive der Wähler, die sich eine schwarz-gelbe Koalition wünschten (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 67). Wie dem auch sei, ob nun aufgrund programmatischer Akzentverschiebungen oder aufgrund des Kandidatenfaktors, Lindner hat auf die eine oder andere Weise zur Verbesserung des Images der FDP beigetragen. Hier hat der Modernisierungsprozess offenbar zum Erfolg geführt.

### Sozialstruktur der FDP-Wähler

Auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag der FDP vom 7. bis 8. Dezember 2013 hatte Lindner eine Ausweitung auf unentschlossene Wählergruppen angekündigt und damit gemeint, dass die FDP eben nicht nur den „ehrbaren Kaufmann“ – den idealen Wunschwähler der FDP –, sondern auch die „Akademikerin mit Kind“ und den „Jugendlichen ohne Abschluss“ ansprechen sollte (Montag 2013: 13). Unverkennbar schwingt hier der Wunsch mit, vielfältiger, jünger und weiblicher zu werden, der fast alle Parteien in Deutschland umtreibt. Aber auch der Verengung auf ein bestimmtes soziales Milieu wird damit eine Absage erteilt. Die FDP als verrufene Klientelpartei großer Hoteliers in der späten Westerwelle-Ära sollte endgültig der Vergangenheit angehören.

Ob diese Operation gelang, lässt sich anhand der soziodemografischen Ergebnisse der Nachwahlbefragung 2017 ermitteln. Eher unauffällig ist der Anteil der Frauen und Männer unter den Wählern der FDP. Mit 57 Prozent überwiegen zwar die Männer, diese Differenz zwischen Männern und Frauen ist für die FDP jedoch nicht ungewöhnlich und im Vergleich zu anderen Parteien wie der AfD eher zu vernachlässigen (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 49 f.). Dieser Befund bedeutet freilich auch, dass es der FDP im Bundestagswahlkampf nicht übermäßig gelang, mehr Frauen zu mobilisieren. Diesbezüglich verweilt sie im Status quo.

Hinsichtlich der Altersgruppen scheint die Verbreiterung der Wählerschaft deutlicher gelungen zu sein. Die FDP punktete im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 in allen Altersgruppen. Allerdings verzeichnete sie überproportionale Zuwächse bei den Wählern unter 45 Jahre und hier besonders bei den Wählern bis 29 Jahre. Dafür hat die Partei einigen Aufwand betrieben. Mit frischen und „hippen“ Wahlkampfelementen versuchte sie ein jüngeres und urbanes Lebensgefühl anzusprechen (Höhne und Hellmann 2017: 65). Und die Themen „Start up“ und „Digitalisierung“ zielten auf die Gründerszene. Die „alte Tante FDP“ wirkte auf einmal nicht mehr langweilig und bieder, sondern schaffte es, Kernbotschaften wie das Setzen auf Eigenverantwortung und Unternehmertum mit aktu-

ellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu verbinden. Einziger Wermutstropfen: Bei den Frauen in diesen Altersgruppen bleibt die Partei unter ihrem Gesamtdurchschnitt (Höhne und Hellmann 2017: 50 f.). Immerhin, der von Lindner adressierte Jugendliche wurde von der FDP erreicht. Beim „Jugendlichen ohne Abschluss“ sieht es allerdings ein wenig anders aus. Die FDP sprach vor allem Angestellte und Selbständige an. Arbeitslose, Gewerkschafter und Arbeiter wählen traditionell eher selten FDP. Die Wählerschaft der FDP verfügt zudem im Vergleich beispielweise zur Union über eine deutlich höhere formale Bildung (Höhne und Hellmann 2017: 53 f. und 61 f.). Bei den unterschiedlichen Bildungsniveaus ist die Verbreiterung gescheitert.

Und auch insgesamt ist einschränkend zu erwähnen, dass die FDP 2017 genau in den Alters-, Berufs- und Bildungsgruppen überproportional punktete, wo sie bei der Bundestagswahl 2013 die größten Verluste hinnehmen musste (Forschungsgruppe Wahlen 2013: 44, 46 und 51). Die FDP knüpft auch hier an ihre alte Form vor den Ausreißern der Jahre 2009 und 2013 an. Lindners Modernisierungskurs hat der FDP demzufolge wieder verlorengegangene Wähler zurückgeführt. Über dieses Potential hinaus konnte sie allerdings keine weiteren Wählergruppen gewinnen.

### **Geografisches Ungleichgewicht?**

Die FDP hat flächendeckend zugelegt und in keinem Wahlkreis Verluste hinnehmen müssen. Sie schaffte es überall über die Fünf-Prozent-Hürde. Gleichwohl ist ihre Stärke „traditionell“ ungleich verteilt. In den östlichen Bundesländern und im Saarland ist sie eher schwach. Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sind die Kraftzentren der Partei. Dort lag sie mit Zuwächsen von 7,9, 7,5 und 6,5 Prozentpunkten über dem Wachstum der Gesamtpartei von 6 Prozentpunkten (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 10 und 14).

Die FDP schnitt in den Großstädten besonders gut ab. Zu nennen sind hier Stuttgart, München, Frankfurt am Main und Köln. In Düsseldorf

erzielte sie mit 17,6 Prozent ihr bestes Großstadtergebnis (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 14). Noch vor Jahren sah das anders aus, als sich die Partei zu einer „Arbeitsgruppe Großstadtoffensive“ genötigt sah. Ihre im November 2007 veröffentlichten Maßnahmen verpufften wirkungslos (Treibel 2012: 168). Auf dem ersten Blick scheint das aktuell gute Abschneiden in den Großstädten nunmehr auf ein umgekehrtes Stadt-Land-Problem der FDP zu verweisen. Dafür gibt es jedoch noch keine stichhaltigen Belege. Zunächst einmal zeigt der Vergleich der Wahlkreise mit geringer und hoher Einwohnerdichte, dass die Liberalen auch in ländlicheren Regionen deutlich zulegen konnten, wenn auch von einem niedrigeren Niveau aus (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 126–229). Zum anderen kann die FDP auch nicht pauschal in allen Großstädten punkten. Ein Beispiel ist der Stadtstaat Berlin. Im Landesdurchschnitt beträgt der Zuwachs für die FDP 5,9 Prozentpunkte und liegt damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Ausgerechnet in den bevölkerungsreichsten Wahlkreisen der Stadt, zum Beispiel Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg (+3,7 Prozentpunkte), Berlin-Mitte (+5 Prozentpunkte) und Berlin-Neukölln (+4,7 Prozentpunkte), fallen die Zuwächse allerdings spürbar schwächer aus. Dieser Befund spricht eher dafür, dass auch die sich besonders weltläufig gebende FDP unter Christian Lindner das urbane Milieu nicht automatisch mobilisieren kann.

### **Die Auswirkungen auf die Bundestagsfraktion**

Die neue Bundestagsfraktion der FDP umfasst 80 Abgeordnete. Zum Fraktionsvorsitzenden wählten die Freien Demokraten Christian Lindner. Den Posten des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers übernahm Marco Buschmann, ein enger Vertrauter Lindners aus dem nordrhein-westfälischen Landesverband. Stefan Ruppert aus Hessen und Florian Toncar aus Baden-Württemberg wurden Parlamentarische Geschäftsführer. Zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden Katja Suding aus Hamburg, Michael Theurer aus Baden-Württemberg, Stephan Thomae aus Bayern, Alexander Graf Lambsdorff aus Nordrhein-Westfalen, Christian Dürr aus Niedersachsen und Frank Sitta aus Sachsen-Anhalt gewählt. Die engere Fraktions Spitze repräsentiert somit

die bedeutenderen Landesverbände der Partei. Mit Lindners Stellvertretern wurde der übliche Länderproporz gewahrt. Allerdings dominieren auch hier die Gesichter der „neuen“ FDP.

Wie Höhne und Hellmann (2017: 5 f. und 33 ff.) darlegen, bemühte sich die FDP bereits bei ihrer Kandidatenaufstellung um Personal, das nicht durch die Wahlniederlage des Jahres 2013 „belastet“ ist. Und in der Tat: Mit nur 22 ehemaligen Bundestagsabgeordneten wagt die FDP einen personellen Neuanfang. Nur zwölf der 2017 gewählten Bundestagsabgeordneten waren Mitglied eines Landtags und sechs konnten Erfahrungen im Europäischen Parlament sammeln.

Das Durchschnittsalter der Bundestagsfraktion beträgt 45,5 Jahre. Im Vergleich zur letzten Bundestagsfraktion haben sich die Abgeordneten der FDP im Schnitt um 2,2 Jahre verjüngt. Die FDP stellt aktuell insgesamt die „jüngste“ Fraktion (Deutscher Bundestag 2017a). Der Frauenanteil ist auf 23,8 Prozent gesunken, obwohl sich die FDP bemühte, verhältnismäßig bekannte Frauen – wie Katja Suding – nach vorne zu schieben (Höhne und Hellmann 2017: 40 f.). In der FDP-Bundestagsfraktion der 17. Legislaturperiode machten die Frauen in der Fraktion noch 24,7 Prozent aus. Unter den Abgeordneten überwiegen Angestellte und Selbständige bzw. Freiberufler. Beamte sind eher in der Minderzahl. Nur wenige weisen keine Hochschulbildung oder eine höhere Schulbildung auf. Die FDP-Bundestagsfraktion ist damit ein recht gutes Abbild ihrer Wählerschaft (Deutscher Bundestag 2017b: 2).

Die personelle Auffrischung hat allerdings auch eine Schattenseite. Als die FDP 2009 nach einem Wahlergebnis von 14,6 Prozent mit ihrer bis dahin größten Fraktion in den Bundestag einzog, brachte sie zahlreiche Abgeordnete mit, die über keine Parlamentserfahrung verfügten. Kompensiert wurde diese Unerfahrenheit bei dem einen oder anderen Neuling mit einem durchaus selbstbewussten Verhalten, währte man sich doch als Vertreter einer neuen Volkspartei (Hildebrandt und Rosenfeld 2009). Das selbstbewusst-erratische Auftreten, die Kakophonie und

das Chaos in der Fraktion, die schwache Parteiführung sowie der Mangel an Disziplin schaden dem Ansehen der Partei und belasteten die Beziehung zum Koalitionspartner. Lindner weiß, dass er diese Fehler – auch in der Opposition – verhindern muss. Anders als seine Vorgänger agiert er allerdings von einer starken Position heraus. Die Voraussetzungen für eine dauerhafte Konsolidierung der FDP in der Opposition könnten nicht besser sein.

## 5. „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“: Der Abbruch der Sondierungsgespräche

Unmittelbar nach der Bundestagswahl ließ die SPD bekanntlich schnell wissen, dass sie nicht für eine Regierungsbeteiligung zur Verfügung stehe. Ihr damaliger Vorsitzender Martin Schulz hatte dies unmissverständlich deutlich gemacht. Im politischen Berlin zeichnete sich schnell – vielleicht zu schnell – „Jamaika“ am Horizont ab. Beflügelt wurde diese Entwicklung sicherlich auch von der erfolgreichen Bildung einer schwarz-grün-gelben Koalition in Schleswig-Holstein Ende Juni 2017. Am 24. Oktober 2017 begannen CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP schließlich auf Bundesebene offiziell mit den Sondierungsgesprächen. Sie sollten Grundlage für einen Koalitionsvertrag sein. Am Abend des 19. November 2017, kurz vor Mitternacht, folgte dann der Paukenschlag: Christian Lindner erklärte den Abbruch der Gespräche. Für die meisten Beobachter kam das völlig überraschend, aber auch die Vertreter der anderen Sondierungsparteien wirkten überrumpelt. In einer ARD-Dokumentation berichtet der Journalist Robin Alexander, dass die Erklärung der FDP schon unter den Medienleuten kursierte, noch bevor Angela Merkel davon gewusst haben soll (Lamby 2018). Die Enttäuschung war entsprechend groß. Eine gestaltende Politik jenseits einer Großen Koalition rückte in weite Ferne. Lindner hatte stets betont, gesprächsbereit zu sein. Und die Sondierungen zogen sich immerhin schon quälend über Wochen hin – ein Scheitern „Jamaikas“ schien deshalb beinahe ausgeschlossen. Lindner machte ernst mit seiner Ansage, dass die FDP niemals wieder eine opportunistische Mehrheitsbeschafferin sein werde (Montag 2016: 8). Noch in seiner Mitternachtsrede kleidete Lindner dies in die mittlerweile berühmt gewordene Formel: „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren“ (ARD 2017).

In einem auf seiner Facebook-Seite am 20. November 2017 veröffentlichten Brief an die FDP-Mitglieder rechtfertigte Lindner seinen Schritt (Lindner 2017a). Er führte dabei unüberwindbare inhaltliche Divergenzen an und ergänzte diese um atmosphärische Störungen. Ob und inwieweit es diese tatsächlich gab, ist mittlerweile selbst Teil des politischen Streits geworden. Was davon Wahrheit, was Missverständnis und was bewusste

Inszenierung war bzw. ist, kann hier nicht abschließend rekonstruiert werden. Wenn man sich an den „Trendwenden“ der FDP entlanghangelt, die die Freien Demokraten kurz vor der Bundestagswahl auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag am 17. September 2017 zur Koalitionsbedingung machten, scheint allerdings der Gedanke, dass die FDP in einer „Jamaika-Koalition“ doch einiges hätte erreichen können, nicht so abwegig.

Der Beschluss des Bundesparteitages „Warten wir nicht länger – zehn Trendwenden für Deutschland“ fordert an erster Stelle die „weltbeste Bildung“ für Deutschland. Er formuliert neben mehr Bildungsinvestitionen und mehr Bildungsqualität das Ziel, „mehr Koordination und mehr Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen [zu] ermöglichen“ (FDP 2017d). In seinem Mitgliederbrief warf Lindner insbesondere der CSU und Teilen der Grünen vor, sich einer „grundlegenden Reform des deutschen Bildungsföderalismus“ verwehrt zu haben. Darunter versteht Lindner nichts Geringeres als die Beseitigung des Kooperationsverbotes (Lindner 2017b), das aus ordnungspolitischen Gründen eine direkte Finanzierung von Bildung durch den Bund aufgrund der Landeszuständigkeit untersagt. Der entscheidende Punkt ist freilich: Der Parteitagbeschluss formuliert dies keineswegs so eindeutig, sondern lässt an dieser Stelle gerade hinreichend Verhandlungsspielraum. Im Bundestagswahlprogramm heißt es auch eher vorsichtig-unkonkret: „Die Finanzierung [des Bildungssystems] muss [...] eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden“ (FDP 2017a: 21). Ansonsten erweckte gerade die Bildungspolitik den Eindruck großer Einigkeit. Immerhin hatten sich die Verhandlungspartner darauf verständigt, die Bildungsausgaben bis 2025 auf mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen (Schmoll 2017).

Weitestgehende Einigkeit bestand offensichtlich auch im Bereich der Digitalisierung. Der Ausbau des Glasfasernetzes in Deutschland ist nicht umstritten. Offengeblieben war lediglich das von der FDP geforderte Digitalministerium (Handelsblatt 2017). In Lindners Rechtfertigung für den Ausstieg aus den Sondierungsgesprächen taucht es allerdings nicht

auf. Immerhin: Auch ohne Zutun der Liberalen hat die neue Große Koalition eine Staatsministerin für Digitales im Bundeskanzleramt etabliert.

Bei der Forderung nach einer Abschaffung des Solidarzuschlages ab 2019 ist der Fall anders gelagert. Lindner wies darauf hin, dass die FDP im Zuge der Gespräche auf eine umfassende Steuerreform verzichtet habe. Auch sei sie bereit gewesen, den Solidaritätszuschlag stufenweise bis Ende der Legislaturperiode abzuschaffen. Der Vorwurf lautet: „Am Schluss lag mehr oder weniger das Wahlprogramm der Union vor, das den Soli mäßig reduziert und bis in die nächste Legislaturperiode fortgeschrieben hätte“ (Lindner 2017a). Der Sondierungsentwurf sah vor, dass ein Freibetrag vom Solidaritätszuschlag vor allem die unteren und mittleren Einkommen entlasten sollte. In einem zweiten Schritt sollte der Freibetrag angehoben und zuletzt ganz abgeschafft werden (CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen 2017: 58). Der Entwurf eines Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD greift dies auf. Die Entlastungen sollen demnach ab 2021 beginnen (CDU, CSU und SPD 2018: 53 f.). In der Sache gab es hier also gar keinen Gegensatz, sondern lediglich einen leichten Unterschied mit Blick auf die Geschwindigkeit, mit der die Abschaffung des Solidaritätszuschlages erfolgen soll. Als Grund für einen Abbruch der Sondierungsgespräche wirkt das eher schwach.

Unter der vierten „Trendwende“ forderten die Freien Demokraten eine bessere personelle und technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden, eine Straffung der Vielzahl der Ämter und Nachrichtendienste sowie die Verbesserung des Informationsaustausches und eine Abschaffung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung und des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes. Letzteres sollte grundlegend überarbeitet werden, so sah es zumindest ein Kompromissvorschlag vor. Im Gespräch war zudem die Ersetzung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung durch ein anlassbezogenes Verfahren. Der von der FDP geforderten Straffung der Nachrichtendienste wurde mit dem Passus entgegengekommen, dass der Bundesverfassungsschutz die Aufgaben der Verfassungsschutzämter auf freiwilliger Basis übernehmen können sollte. Und gegen einen

verbesserten Informationsaustausch der Behörden im Fall der Kriminalitätsbekämpfung hatte keine Seite Einwände (CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen 2017: 26 ff.). Interessanterweise erwähnte Lindner in seinem Brief an die Mitglieder vom 20. November 2017 ausgerechnet die Vorratsdatenspeicherung, immerhin ein klassisches liberales Identifikationsthema, mit keinem Wort – ein Indiz dafür, dass das Thema auch für die FDP bereits abgeräumt war.

Anders sah das beim Thema Zuwanderung aus. Die Freien Demokraten forderten in ihrem Parteitagsbeschluss vor der Bundestagswahl ein Einwanderungsgesetz und eine Aufnahme qualifizierter Zuwanderer entsprechend klarer Kriterien nach Vorbild des kanadischen Punktesystems. In seiner Rechtfertigung meinte Lindner, bei der Rückführung für subsidiär Schutzbedürftige sei keine Übereinkunft möglich gewesen. Bis dahin schien die Konfliktlinie bei diesem Thema für Außenstehende eher zwischen CSU, die den Familiennachzug weiterhin aussetzen wollte, und Bündnis 90/Die Grünen, die dies ablehnten, zu verlaufen. Presseberichte rekonstruierten jedoch, dass Horst Seehofer letztlich Gesprächsbereitschaft signalisiert hatte. Daraufhin habe sich Lindner gemeldet und sich die Position der CSU zu Eigen gemacht. Die CSU musste darum fürchten, von der FDP rechts überholt zu werden, und hielt an ihrer Position fest. Damit verhärteten sich die Fronten (Hellemann, Hollstein, Pfeffer und Uhlenbroich 2017). Im Vorfeld hielt Lindner den Familiennachzug zumindest für „wenige individuelle Härtefälle“ noch für möglich (Herholz 2017). In den Ergebnissen der Sondierungsgespräche ist für die FDP festgehalten:

*„Wer für sich und seine Familie selbst sorgen kann, soll diese nachholen dürfen. Darüber hinaus kann der Familiennachzug für subsidiär Geschützte nur in solchen Kontingenten erfolgen, die den angestrebten Richtwert der Gesamtmigration berücksichtigen. Diese Kontingente sind nach humanitäreren Kriterien zu vergeben“ (CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen 2017: 31).*

Diese Formulierung scheint durchaus offen für Kompromisse. Lindners taktisches Manöver entzog diesem Kompromiss die Grundlage (Carstens, Gutschker, Haupt, Rosenfelder und Zastrow 2017, Gammelin 2017, Braun 2017, Rossmann 2017). Und das, obwohl der Familiennachzug noch nicht einmal im Mittelpunkt der Flüchtlingspolitik der FDP stand. Der Koalitionsvertragsentwurf zwischen Union und SPD sieht nunmehr eine Limitierung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte und eine Koppelung an klare Härtefallregeln vor (CDU, CSU und SPD 2018: 104 f.). Die Begrenzung des Familiennachzugs entspricht durchaus der Intention der FDP. Ihre einzige Kritik besteht offenbar in der Festlegung einer Obergrenze (FDP 2018b).

Unversöhnlich zeigte sich Lindner auch in der Frage der Energiepolitik. In seinem Rechtfertigungsschreiben schildert Lindner, wie Angela Merkel versucht habe, einen Kompromiss in der Frage der Reduzierung der Kohleverstromung zu erzielen. Die FDP hätte einen Anteil von fünf Gigawatt Leistung angeboten. Abhängig von der Versorgungssicherheit sollte die Reduktion von weiteren zwei Gigawatt in den folgenden Jahren geprüft werden. Die Grünen dagegen hätten eine Reduzierung um neun bis zehn Gigawatt gefordert. Merkel habe sodann sieben Gigawatt als Kompromiss vorgeschlagen, den die FDP „als physikalisch kaum realisierbar eingeordnet“ habe (Lindner 2017a). Weder im „Trendwenden“-Beschluss der FDP noch in ihrem Wahlprogramm hat sich die FDP allerdings so konkret positioniert. Immerhin verständigte man sich mit der Union und den Grünen auf die Klimaziele des Pariser Abkommens und eine Reform des Erneuerbare Energiegesetzes (CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen 2017: 8 f.). Letzteres war ein ausdrückliches Ziel der FDP und ist in der Konstellation einer Großen Koalition so nicht zu haben.

Unter der Trendwende sieben verhandelten die Freien Demokraten den „flexiblen Bürgerstaat“ und meinten damit vor allem mehr Flexibilität in der Renten- und Arbeitsmarktpolitik. Die Flexibilisierung des Renteneintrittsalters als eine der Kernforderungen der Freien Demokraten in ihrem Bundestagswahlprogramm (FDP 2017a: 57) taucht in dem am

15. November 2017 festgehaltenen Ergebnis der Sondierungsgespräche als ungelöstes Thema auf. Bis dahin konnte man sich offenbar nicht darauf verständigen, ob dieses Vorhaben lediglich nur geprüft wird oder ob die potentiellen Koalitionäre eine flexiblen Renteneintritt schaffen „wollen“. Auch wann diese Frage geklärt werden sollte, blieb noch offen: Im Angebot waren eine Festlegung im Koalitionsvertrag, eine Behandlung im Koalitionsausschuss oder in der Rentenkommission (CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen 2017: 18). In Lindners Rechtfertigungsschrift und auch in anderen Stellungnahmen der Liberalen taucht die „Flexi-rente“ überraschenderweise gar nicht auf. Dass das Thema angegangen werden sollte, stand unter den „Jamaika“-Koalitionären offenbar außer Frage. Es hing möglicherweise auch hier lediglich an den Modalitäten, für die man eine Lösung hätte finden können. Auch mit der Einigung auf eine Stabilisierung der Versicherungsbeiträge wäre man der Forderung der Freien Demokraten entgegengekommen, zu verhindern, dass die Sozialbeiträge über 40 Prozent steigen (ebd.: 17).

Selbst Lindner machte keinen gesellschaftspolitischen Dissens aus. Zwar belegen die Ergebnisse der Sondierungsgespräche unterschiedliche Akzente bei den Themen „Verantwortungsgemeinschaft“ und „Familienrecht“, aber die Sondierungsparteien verständigten sich immerhin unter anderem auf eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro pro Monat und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkin-der. Bei Letzterem war anscheinend nur noch die Frage der Umsetzung offen (ebd.: 12 ff.).

Bei der vom FDP-Bundesparteitag geforderten Trendwende in Europa sah dies entschieden anders aus. Lindner monierte in seinem Mitgliederbrief, dass die Gesprächspartner nicht auf die Kompromissbereitschaft der FDP eingegangen seien. Die Liberalen hätten vorgeschlagen, sich hinsichtlich der Haltung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) an der Koalitionsvereinbarung der niederländischen Regierung zu orientieren, das heißt ein Auslaufen des ESM im Koalitionsvertrag zu vereinbaren (Lindner 2017a, Carstens, Gutschker, Haupt, Rosenfelder und



Zastrow 2017). Lindner warf CDU und Bündnis 90/Die Grünen vor, sie seien „nicht bereit, eine europäische Risikoteilung bzw. Haftungsgemeinschaft im Bereich der privaten Banken, Sparkassen und Volksbanken auszuschließen“. Laut Süddeutscher Zeitung (Gammelín 2017), die sich auf einen Unterhändler beruft, einigten sich die Fachpolitiker – auf Seiten der FDP Alexander Graf Lambsdorff – allerdings auf folgenden Passus:

*„Notwendig ist eine Fähigkeit, außergewöhnliche, unvorhersehbare wirtschaftliche Notsituationen, die sich der Kontrolle eines einzelnen Mitgliedsstaates entziehen, abzufedern; die Einführung von Instrumenten zu automatischen Transfers oder Schuldenvergemeinschaftung unterstützen wir nicht“ (CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen 2017: 49).*

In der Runde der Parteichefs lehnte Lindner diesen Kompromiss ab, der immerhin auch den europäischen Vereinbarungen entspricht (Gammelín 2017). Hier wird deutlich, dass der Abbruch der Sondierungsgespräche letztlich eben doch aus parteipolitischen Kalkül und nicht aus sachpolitischen Gründen erfolgte.

An letzter Stelle thematisiert der FDP-Bundesparteitagsbeschluss vom 17. September 2017 die Außenpolitik. Die dort geforderte Dialogbereitschaft gegenüber Russland fand Eingang in das Sondierungspapier vom 15. November 2017. Dies gilt ebenso für die Integration der europäischen Streitkräfte – die Sondierungspartner wollten eine europäische Verteidigungsunion – und für das Aussetzen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei Erdogans (CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen 2017: 51 ff.). Als Grund für den Abbruch der Sondierungsgespräche tauchen diese Punkte nirgendwo auf.

Angesichts der vielen Punkte, auf die sich die Gesprächspartner bereits verständigt hatten, wirkt es umso unverständlicher, wenn Christian Lindner zu der Einschätzung gelangt:

*„Viele der diskutierten Maßnahmen halten wir für schädlich. Wir wären gezwungen, unsere Grundsätze aufzugeben und alles das, wofür wir Jahre gearbeitet haben. Wir werden unsere Wählerinnen und Wähler nicht im Stich lassen, indem wir eine Politik mittragen, von der wir nicht überzeugt sind“ (Lindner 2017a).*

Auch das von Lindner monierte Fehlen einer Vertrauensbasis infolge von „Durchstechereien“ an die Presse oder in den Sozialen Medien wirkt eher vorgeschoben. Horst Seehofer erinnerte im Nachgang daran, dass auch Lindner sich daran beteiligt habe (Lamby 2018). Die ehemalige Bundesjustizministerin der FDP Sabine Leutheusser-Schnarrenberger kritisierte vorsichtig Lindners Haltung. Gerade bei der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung hätte die „Jamaika“-Koalition im Sinne der FDP wirken können. Sie schrieb in der Süddeutschen Zeitung: „Schade um Jamaika, wäre doch endlich Bewegung in die erstarrten politischen Strukturen gekommen. Regieren auf Sicht und ohne Mut, das bleibt das deutsche Menetekel“ (Leutheusser-Schnarrenberger 2018).

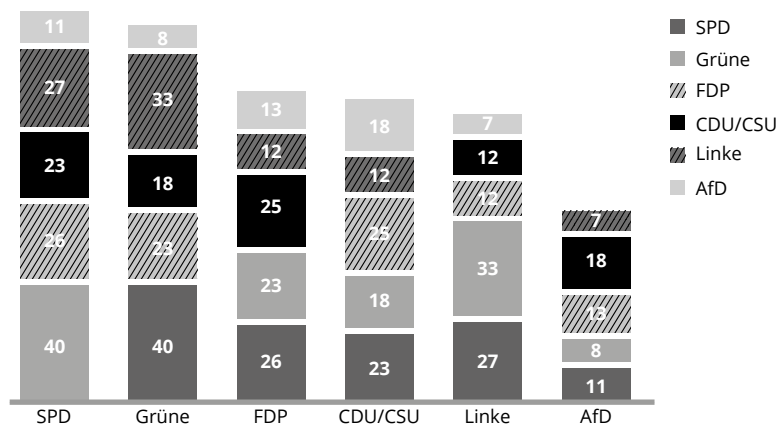
### **Reine Lehre schlägt Gestaltungspartei**

Die FDP hat stets den Anspruch erhoben, Gestaltungspartei zu sein – und gestalten kann man letztlich wirksam nur in der Regierung. Es scheint deshalb legitim, nachzufragen, ob die Festlegung auf „Jamaika“ nach der Bundestagswahl die Konsensfähigkeit der Liberalen nicht von Vorherein überforderte. Waren die Schnittmengen der Sondierungspartner insgesamt zu gering?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Bundestagswahlprogramme der Parteien einer Kongruenzwertanalyse unterzogen, um die populäre These zu prüfen, dass die Parteien inhaltlich unterschiedslos seien (KAS 2018). Genauer unter die Lupe genommen wurden dabei die Politikfelder „Migration und Asyl“, „Innere Sicherheit“, „Arbeitsmarkt und Rente“, „Finanzen und Steuern“ sowie „Außenpolitik“. Dabei fällt auf, dass die inhaltlichen Übereinstimmungen der FDP mit der Union und mit der SPD insgesamt ähnlich groß sind. Der Übereinstimmungswert zwischen FDP

und Union beträgt 25 Prozent, mit der SPD 26 Prozent und mit Bündnis 90/Die Grünen 23 Prozent. Vor allem wenn man das vergleicht mit der Übereinstimmung innerhalb des linken Lagers, sind die Schnittmengen mit den anderen Parteien verhältnismäßig gering, dafür allerdings ungefähr gleich verteilt. Eine Lagerpräferenz ließe sich daraus nicht ableiten.

Abbildung 3: Kongruenzwertanalyse der Bundestagswahlprogramme



Angaben in Prozent.

Quelle: KAS (2018).

Die Schlussfolgerung lautet demnach: Die FDP hat auf der Bundesebene keinen Partner, der ihr inhaltlich so nahe steht, dass eine Koalition bei hinlänglichen Mehrheitsverhältnissen gleichsam automatisch in Frage käme. Lindners Strategie, die Partei in alle Richtungen hin anschlussfähig zu halten, ist offenbar messbar aufgegangen. Umgekehrt heißt das, dass es der FDP in jeder Koalitionsvariante schwerfallen würde, ihr Programm in größeren Teilen durchzusetzen. Ohne Kompromissfähigkeit kann die FDP keine Gestaltungspartei sein. Dieser Befund ist ein weiteres Indiz dafür, dass der Abbruch der Sondierungsgespräche eher aus parteistategischen denn aus inhaltlichen Gründen erfolgte.

### Ein Zeichen von Stärke oder Schwäche?

Mit dem Ausstieg aus den Verhandlungen zog die FDP Unverständnis auf sich (Infratest dimap 2017). Rein parteistategisch betrachtet, ist dieser Schritt allerdings durchaus plausibel: Eine Übernahme von Regierungsverantwortung unmittelbar nach dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag hätte die FDP wieder sofort dem Druck ausgesetzt, „liefern“ zu müssen. Die Regierungspraxis erzwingt jedoch mitunter eine harte Konfrontation mit der Realität, in deren Folge sich wohlfeile Forderungen aus dem Wahlprogramm schnell in Luft auflösen. Wird dies nicht richtig kommuniziert, kann das Wahlvolk verständnislos reagieren. Damit hat die FDP genug leidvolle Erfahrungen. Der Vorwurf, die Liberalen seien wortbrüchig, weil sie ihre Wahlversprechen nicht eingehalten hätten, begleitete sie die gesamte Legislaturperiode von 2009 bis 2013 – vor allem mit Blick auf die vollmundig versprochenen Steuersenkungen. Genau das wollen die Freien Demokraten jetzt verhindern, indem sie sich besonders prinzipientreu geben. Lindner (2017d) greift dieses Motiv in seinem Buch „Schattenjahre“ mehrfach auf und erinnert gerne auf Parteitagsreden daran. Vorländer bringt einen weiteren Punkt ins Spiel: In einer „Jamaika-Koalition“ konkurrieren Union und FDP um die „Repräsentanz des bürgerlich-wirtschaftlichen Flügels“ (Vorländer 2014: 403 f.). Hinzu kommt die Sorge, dass die vielen Neulinge im Bundestag von den Profis von Union und Bündnis 90/Die Grünen im Regierungsalltag erdrückt werden könnten. So warnte ein „Spitzenliberaler“ gegenüber dem Focus: „Bloß nicht Jamaika, das wird für uns eine Todesinsel“ (zitiert nach Opitz 2017). Aus dieser Perspektive heraus ist es durchaus nachvollziehbar, wenn sich die Parteiführung von dem Gedanken leiten ließ, die FDP in der von der Last einer Regierungsverantwortung befreiten Opposition weiter zu stärken (Höhne und Hellmann 2017: 63 ff., Vorländer 2014: 400 ff., vgl. auch Lohse und Wehner 2017). Ob dies mit Blick auf ihre Mitglieder und die Wählerschaft ein kluger Schachzug war, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Hinsichtlich der Gesamtwählerschaft lässt sich zumindest sagen, dass Lindner mit dem Abbruch der Sondierungsgespräche durchaus die

Stimmung kurz vor der Wahl traf. Wie die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte, konnten sich nur 30 Prozent der Deutschen für „Jamaika“ erwärmen. Dagegen fanden 47 Prozent dieses Koalitionsmodell schlecht (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 27). Im Verlauf der Sondierungsverhandlungen nahm der Rückhalt zudem weiter ab (Infratest dimap 2017). Unter den Anhängern der Partei sah dies jedoch anders aus. Laut Forschungsgruppe Wahlen hatten immerhin drei von fünf FDP-Anhängern „Jamaika“ vor der Bundestagswahl begrüßt (Forschungsgruppe Wahlen 2017: 27). Den Abbruch der Sonderungsgespräche bedauerten in einer Umfrage von Infratest dimap vom 20. November 2017 71 Prozent der FDP-Anhänger. Dieser Wert liegt über dem Durchschnitt aller Befragten (57 Prozent), die das Scheitern bedauern (Infratest dimap 2017). Vermutlich war dies bei den FDP-Mitgliedern nicht anders. Dafür spricht zumindest die Umfrage von Glock unter den Bundesparteitagsdelegierten der Freien Demokraten vom Mai 2015. Bereits zum damaligen Zeitpunkt – nach dem Erfolg in der Landtagswahl in Hamburg im Februar 2015 und der Diskussion um eine sozialliberale Koalition – bewertete die Mehrheit der Delegierten ein Bündnis von Union, FDP und Grünen verhältnismäßig positiv (Glock 2017: 196). Zudem ließen auch einige Vertreter aus dem Sondierungsteam der FDP Kritik an der Verhandlungsführung ihres Vorsitzenden durchblicken (Carstens, Gutschker, Haupt, Rosenfelder und Zastrow 2017, Gammelin 2017). Lindner konnte also nicht davon ausgehen, dass sein Ausstieg aus den Sondierungsgesprächen auf uneingeschränktes Verständnis innerhalb der Partei stößt. Die FDP versteht sich nach wie vor zu sehr als staatstragende Säule der Bundesrepublik.

Seit der Übernahme des Amtes des Bundesvorsitzenden musste Lindner nun erstmals ernsthaft um Rückhalt in seiner Partei kämpfen. Möglicherweise erklärt dies auch seine Verhandlungstaktik in der Endphase der Sondierungsverhandlungen. Indem sich Lindner die Positionen der CSU aneignete wie beim Thema „Familiennachzug“, torpedierte er die Kompromisse mit den Grünen. Zu diesem Zeitpunkt rätselten die Verhandlungspartner noch über die Motive Lindners. Diese Taktik spricht dafür, dass Lindner insbesondere die Grünen zum Abbruch der Gesprä-

che provozieren wollte, um nicht selbst als „Buhmann“ für das Scheitern der Sonderungsgespräche dazustehen (mit einer anderen Ansicht wird Jürgen Trittin indirekt zitiert von Bannas, Leithäuser und Lohse 2017: der FDP sei es darum gegangen, gemeinsam mit der Union den Abbruch der Sondierungsgespräche herbeizuführen). Lindner hatte offenbar nicht mit der Kompromissbereitschaft von CDU, CSU und Bündnis 90/ Die Grünen gerechnet. Am Ende musste er den Schritt dann doch selbst gehen. „Komplett inszeniert und vorbereitet“, wie Jürgen Trittin im Nachgang meinte, war der „Ausstieg“ dann vielleicht doch nicht ganz (Schmidt 2017), denn zumindest als innerparteiliches Signal war er ein klarer Fehlschlag: Die Befürworter eines staatstragenden, pragmatischen Kurses der FDP – den Lindner auch immer für sich selbst beanspruchte – mussten sich vor den Kopf geschlagen sehen.

Was folgte, stützt diesen Verdacht noch. Die Parteiführung bemühte sich eilig um Geschlossenheit – regelmäßig eher ein Indiz für das Gegenteil. Obwohl die Beendigung der Gespräche nachträglich vom Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion einstimmig bestätigt wurde (Balzer, Steffen und Vogt 2017), meldeten sich Lindners engste Getreue zu Wort, um die Entscheidung zu verteidigen. Bei ihnen fällt auf, dass sie sich bemühten, vor allem die Bundeskanzlerin für das Scheitern verantwortlich zu machen. So veröffentlichte zum Beispiel Marco Buschmann (2017), der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter der Rubrik „Fremde Federn“ einen Beitrag, der Angela Merkels Politikstil der Kompromissfindung angriff. Er warf ihr vor, eine als „Flucht in die Abstraktion“ kaschierte „knallharte Machtpolitik“ zu betreiben – die sich letztlich gegen die FDP richte. Ein weiteres Beispiel ist Marie Strack-Zimmermann, eine Stellvertreterin Lindners, die der Bundeskanzlerin unterstellte, sie habe die Anliegen der FDP nicht ernstgenommen und die Positionen nicht zusammengebracht (Quadbeck 2017). Ebenfalls auf die Verhandlungsführung zielte die Kritik von Volker Wissing, der in Rheinland-Pfalz die „Ampelkoalition“ ausgehandelt hatte:

*„Die Verhandlungen liefen von Anfang an chaotisch. Sie waren nicht strukturiert, sie waren nicht organisiert. Die Bundeskanzlerin hat keinen Konflikt zur Lösung gebracht, sondern es wurde alles vertagt, immer weiter vertagt. [...] und dann wurde es von Stunde zu Stunde schlimmer, chaotischer, und wir fragten die ganze Zeit die Kanzlerin, wie soll das enden, wann werden die großen Konflikte eigentlich geklärt, und ganz offensichtlich fehlte dort jedes Konzept“ (Deutschlandfunk 2017).*

„Merkel“ ist ohnehin eine zentrale Chiffre in Lindners Narrativ vom Niedergang und Wiederaufstieg der FDP. Aus dem Gefühl der Liberalen, nach der Wahlniederlage von allen Seiten mit Häme überzogen, angegriffen und gedemütigt worden zu sein, formte er ein neues Gemeinschaftsverständnis des „Jetzt-erst-recht-Liberalismus“. Nach dem Ausstieg aus den Sondierungsgesprächen mit Union und Grünen bedienten er und seine Getreuen genau dieses Verständnis, um die Liberalen, die sich nur zu gerne als Regierungspartei sehen, hinter sich zu bringen. Die Freien Demokraten gefallen sich in der Rolle des „Buhmanns“. Lindner, der auf Parteitage oder in seinem biografischen Buch gerne davon sprach, dass sich die Liberalen 2013 selbst besiegt hätten, braucht jetzt den Mythos von der „Schwarzen Witwe Merkel“, die die FDP „kleingemacht“ hätte, um seine Partei unter Kontrolle zu halten. Genau aus diesem Grund hat sich die „Gestaltungspartei“ FDP in den Chor der „Merkel muss weg“-Parteien eingereiht und wähnt sich in der Opposition auf der sicheren Seite.

Lindner selbst erstickte deshalb jegliche Aussage, die wie Andeutungen einer Rückkehr nach „Jamaika“ klangen, sofort im Keim. Generalsekretärin Nicola Beer hatte kurz nach dem Scheitern der Gespräche erneute Verhandlungen nicht grundsätzlich ausgeschlossen und Lindner widersprach ihr umgehend. Auch sein Stellvertreter Wolfgang Kubicki erklärte für den Fall eines Scheiterns der Großen Koalition: „Selbstverständlich werden die Freien Demokraten im Licht der Entwicklung neue Bewertungen vornehmen. Wir sind schließlich keine Dogmatiker.“ Nachdem Lindner von einer Fehlinterpretation dieser Aussage durch die Medien sprach, relativierte Kubicki seine Aussage und stellte sich ausdrücklich hinter Lindners Position (n-tv 2017a, n-tv 2017b).

Der Abbruch der Sondierungsgespräche war letztlich eine Machtprobe für Christian Lindner – und er hat sie mühelos bestanden. Die FDP agierte hier nicht von einer Position der Stärke aus. Ganz im Gegenteil, der Antrieb war wohl eher die Sorge davor, in der Regierung mit Union und Grünen zerrieben zu werden. Lindner zog die Notbremse und setzte sich gegen Widerstände in seiner Partei durch. Stärke hat nicht seine Partei, sondern er allein gezeigt. Bestätigt sehen kann er sich – nach kurzen Turbulenzen – von den aktuellen Umfragen, die die FDP nach wie vor um die 10 Prozent sehen (Wahlrecht.de 2018b).

## 6. Die kommenden Herausforderungen

Die Zukunftsfrage für die FDP lautet: Wird die Regeneration der Bundespartei in der parlamentarischen Opposition gelingen? Die Voraussetzungen dafür sind zumindest gegenwärtig gut. Die Fortsetzung der als verbraucht verbrämten Großen Koalition erlaubt es Lindner, die FDP nach wie vor als die politische Kraft zu präsentieren, die die Herausforderungen der neuen Zeit angeht, innovative Ideen entwickelt und mutig in die Zukunft blickt. Lindner lässt kaum einen Moment vergehen, ohne die vermeintliche Rückwärtsgewandtheit der Großen Koalition anzuprangern. So spöttelte Lindner beispielsweise in einem Interview im Deutschlandfunk, dass in Deutschland anstatt des von den Liberalen geforderten Digitalisierungsministeriums nun ein „Heimatmuseum“ als Teil des von Horst Seehofer geführten Bundesinnenministeriums geschaffen wurde (Deutschlandfunk 2018a). Auch die Parteiorganisation hat Lindner wettbewerbsfähiger und schlagkräftiger gemacht. Die FDP ist zudem programmatisch stabilisiert und innerparteilich befriedet. Das hängt freilich mit der Autorität Lindners zusammen und die ist – wie alles in der Politik – Wandlungsprozessen unterworfen. Die Oppositionszeit kann auch eine lange Durststrecke werden.

Die wichtigste Aufgabe der FDP wird erstens sicherlich darin bestehen, den Modernisierungskurs fortzusetzen und die Wählerschaft zu verbreitern (so auch Freckmann 2018: 40 ff.). In der außerparlamentarischen Opposition mochte das Ziel, überhaupt in den Bundestag zurückzukehren, ausreichen. Im Sechs- bzw. Sieben-Parteien-System mit seinen tendenziell schwierigeren Regierungsbildungen reicht es nicht mehr aus, als Zehn-Prozent-Partei in den Deutschen Bundestag zurückgekehrt zu sein. Die sich permanent wandelnde Wählerschaft der Partei muss weiter wachsen. Lindner hat das Problem erkannt und will es horizontal und vertikal angehen. Auf dem Bundesparteitag im April 2017 verkündete er beispielsweise, die FDP im Osten der Republik stärker zu verankern (Montag 2017b: 8). Damit sollen die weißen Flecken auf der blau-gelb-magenta-farbigem Landkarte verschwinden. Aber auch an der Verbreiterung der sozio-demografischen Struktur der Wählerschaft und am Anteil der Frauen müssen die Freien Demokraten noch arbeiten.

Letzteres geht das Bundespräsidium der Partei jetzt mit dem Beschluss zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe an (Leithäuser 2018). Diese Vorhaben werden mit einer stärkeren Vermittlung unverwechselbarer liberaler Positionen einhergehen müssen. Lindner hat – wie dargelegt – bei der Weiterentwicklung der Programmatik schon einiges erreicht. Der Leitbildprozess führte den Liberalismus aus der thematischen Verengung, aber nicht zu einer grundsätzlichen Neuerfindung. Die ist vielleicht auch gar nicht nötig, allerdings fällt mitunter noch immer der Schatten der „alten FDP“ auf die Partei. So kann selbst Lindner seine politische Sozialisierung in der Westerwelle-FDP nicht verleugnen, wenn er beispielsweise gegen die Grünen ausholt wie nach dem Abbruch der Sondierungsgespräche. Möglicherweise liegt es auch an diesem langen Schatten, dass die FDP noch immer nicht von der Verbreiterung ihrer Programmatik in einem Ausmaß profitiert, das sie in die Position der drittstärksten Kraft im Bundestag hätte hieven können. Die FDP muss also noch weiter an ihrem Image arbeiten.

Zweitens wird die Partei ihre Regierungswilligkeit und -fähigkeit unter Beweis stellen müssen. Das Thema ist innerparteilich heikel. Ob die Wählerschaft bei der nächsten Bundestagswahl den Gang in die Opposition goutiert, ist derzeit noch völlig unberechenbar. Es besteht deshalb ein erheblicher Druck, die Regenerierung der FDP über die Landtagswahlen und mittels Übernahme von Regierungsverantwortung in den Bundesländern fortzusetzen. Das könnte sich nach der erfolgreichen Bundestagswahl allerdings schwieriger erweisen als gedacht. Viele Landespolitiker der „neuen FDP“ wechselten in die Bundespolitik, während die personelle Erneuerung in den Landesverbänden noch ungeschlossen ist. Höhne und Hellmann warnen deshalb vor einer „ausgedünnten Personaldecke“ auf der Landesebene (Höhne und Hellmann 2017: 65 f.). Die Erneuerung könnte in den Ländern steckenbleiben. Die Wiederkehr der „Dame ohne Unterleib“ ist infolgedessen kein so unrealistisches Szenario.

Einhergehend mit dem Bundestagswählerfolg könnte – drittens – auch der innerparteiliche Reformdruck nachlassen. Das gilt einerseits für die Organisationsreform. Hier ist zum Beispiel die Einführung einer innerparteilichen Frauenquote noch offen (Montag 2018: 17). Bundesverband und Landesverbände müssen lernen, in „Friedenszeiten“ miteinander auszukommen – um die Handlungsfähigkeit der Gesamtpartei dauerhaft zu sichern und ohne die demokratische Eigenständigkeit der Parteigliederungen auszuhebeln. Andererseits ist der Reformdruck auch nötig, um die Partei programmatisch weiter offen zu halten für die sich wandelnde Gesellschaft.

Eng verbunden damit ist die vierte Herausforderung der FDP: die Erhaltung der innerparteilichen Geschlossenheit. Die Diskussionen um die Sanktionen gegen Russland mögen hier eine Warnung sein. Die „alte FDP“ war eine Kakophonie aus vielen Stimmen, die am Ende immer weniger hören wollten. Die Partei hat sich von diesem Image mit großem Aufwand gelöst. Doch kann diese Arbeit innerhalb kürzester Zeit wieder zunichte gemacht werden. Zudem muss es der Parteispitze gelingen, die innerparteiliche Geschlossenheit mit dem liberalen Verständnis einer demokratischen Willensbildung, die immer vom Streit lebt, zu verbinden. Die FDP hatte in dieser Frage beispielsweise die begrenzt erfolgreichen NEOS vor Augen und sich letztlich gegen die Umwandlung in eine Bewegungspartei und gegen allzu viele Dialoge entschieden. Die FDP wird auch weiterhin eine „klassische“ Partei bleiben, die je nach Erfordernis – in den Begrifflichkeiten von Jan Treibel – auf hierarchisch-führungszentrierte Entscheidungsprozesse, dialogische Konsensentscheidungen und konfliktorientierte Mehrheitsentscheidungen zurückgreifen wird (Treibel 2012).

Zuletzt soll die Herausforderung der FDP durch die rechtspopulistische AfD nicht unerwähnt bleiben. Freilich könnte man das auch umdrehen, denn bereits im Wahlkampf attackierte die FDP mit ihrer Forderung nach einer Limitierung der doppelten Staatsbürgerschaft und der Relativierung der Russland-Sanktionen die AfD. Nicht ohne Grund sagte Alexander Gauland, einer der beiden Bundessprecher der AfD, in einem

gemeinsamen Interview mit Wolfgang Kubicki: „Die FDP war immer unser Hauptkonkurrent. In der Opposition ist sie das mehr, als wenn sie in der Regierung wäre. Wir sind Konkurrenten, aber zum Teil mit gleichgerichteten Zielen“ (Lohse und Wehner 2018). Nach dem Scheitern der „Jamaika“-Sondierungsgespräche agiert die FDP gewissermaßen als konkurrierende „Protestpartei“ im Bundestag. Sie bietet nichtradikalen „Protestlern“ und Wählern, die mit der Großen Koalition unzufrieden sind, ein Sprachrohr und überlässt der AfD die in ihrer gesamtgesellschaftlichen Anzahl begrenzten radikalen Gruppen. Die AfD muss sich jetzt entscheiden, ob sie als radikale Bewegungspartei oder als gemäßigte Protestpartei mit dem Ziel der Übernahme von Regierungsverantwortung auftreten will (Montag 2017a: 15). Die FDP hat sie unter Zugzwang gesetzt. Die eigentliche Gefahr für die FDP geht deshalb nicht von der AfD aus, sondern davon, selbst als „Protestpartei“ über die Stränge zu schlagen. Politik ist ein grobes Geschäft. Die feinen Nuancierungen, die Lindner in Abgrenzung zu den Rechtspopulisten seiner Position zum Beispiel in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft verlieh, verstanden selbst große Teile seiner Partei nicht. Ein Zuviel an Protest würde große Teile der liberalen Wähler abschrecken. In der FDP ist man sich darüber durchaus im Klaren, wie die innerparteiliche Diskussion um die Lockerung der Sanktionen gegen Russland belegt. Momentan deutet alles darauf hin, dass die FDP ihre Distanz zu den Rechtspopulisten wahren wird (vgl. dazu Christian Lindners Aussagen in Möller 2018).

Der FDP stehen also spannende Zeiten bevor mit innerparteilichen und externen Herausforderungen. Fürchten muss sie diese allerdings nicht. Die Freien Demokraten sind so gut wie nie zuvor für kommende Auseinandersetzungen gewappnet.

## 7. Literaturverzeichnis

- AfD* (2017). Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017. [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf) (letzter Aufruf am 28. März 2018).
- ARD* (2017). „Tagesthemen Extra vom 20. November 2017“, in: ARD Mediathek, <http://www.ardmediathek.de/tv/Tagesthemen/tagesthemen/Das-Erste/Video?bcastId=3914&documentId=47701664> (letzter Aufruf am 28. Februar 2018).
- Bahr, Daniel, Christian Lindner und Philipp Rösler* (2011). Jetzt erst recht – Neujahrsappell an alle Liberalen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 2011, S. 8.
- Balzer, Imre, Tilman Steffen und Ragnar Vogt* (2017). „Freie Demokratische Protestpartei“, in: Zeit Online vom 23. November 2017. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/fdp-stimmung-gescheiterte-sondierungen-partei-basis-waehler> (letzter Aufruf am 14. Februar 2018).
- Bannas, Günter, Johannes Leithäuser und Eckart Lohse* (2017). „Zehn vor zwölf“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. November 2017, S. 3.
- Bolz, Norbert* (2017). „Macron, Lindner, Kurz: Die schönen Männer zeigen, wie sehr sich Politik geändert hat“, in: Focus.de vom 28. Mai 2017. [https://www.focus.de/politik/politik-und-gesellschaft-die-rueckkehr-der-schoenen-maenner-in-die-politik\\_id\\_7154641.html](https://www.focus.de/politik/politik-und-gesellschaft-die-rueckkehr-der-schoenen-maenner-in-die-politik_id_7154641.html) (letzter Aufruf am 26. März 2018).
- Braun, Stefan* (2017). „Linders Verhandlungstaktik irritiert Jamaika-Partner“, in: Süddeutsche.de vom 19. November 2017. <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/sondierungsgespraechelinders-verhandlungstaktik-irritiert-jamaika-partner-1.3755560> (letzter Aufruf am 14. Februar 2018).

*Bukow, Sebastian* (2013). Die professionalisierte Mitgliederpartei. Politische Parteien zwischen Erwartungen und organisatorischer Wirklichkeit. Wiesbaden: Springer VS.

*Bukow, Sebastian und Thomas Poguntke* (2013). „Innerparteiliche Organisation und Willensbildung“, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer, S. 179–209.

*Buschmann, Marco* (2015). „Der Turnaround der FDP: Auch eine Frage der Markenpositionierung“, in: Holger J. Schmidt und Carsten Baumgarth (Hrsg.): Forum Markenforschung. Tagungsband der internationalen Konferenz „der Markentag 2014“. Wiesbaden: Springer, S. 17–26.

*Buschmann, Marco* (2017). „Wie Merkel mit kleinen Partnern umgeht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. November 2017, S. 10.

*Busse, Nikolas* (2017). „Protestpartei FDP“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. September 2017, S. 1.

*Carstens, Peter, Thomas Gutschker, Friederike Haupt, Lydia Rosenfelder und Volker Zastrow* (2017). „Woran ist Jamaika wirklich gescheitert?“, in: Faz.net vom 27. November 2017. <http://www.faz.net/aktuell/woran-ist-jamaika-wirklich-gescheitert-innenansichten-eines-gescheiterten-experiments-15312630.html> (letzter Aufruf am 14. Februar 2018).

*CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen* (2017). Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (15. November 2017). <http://www.tagesspiegel.de/downloads/20595568/5/skp1817440817111612110.pdf> (letzter Aufruf am 16. November 2017).

*CDU, CSU und SPD* (2018). Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 2018–2021. 19. Legislaturperiode. Berlin.

*Denkler, Thorsten* (2011). „Sie nannten ihn Bambi“, in: Süddeutsche.de vom 1. April 2011. <http://www.sueddeutsche.de/politik/fdp-hoffnung-christian-lindner-sie-nannten-ihn-bambi-1.1080193> (letzter Aufruf am 20. März 2018).

*Der Bundeswahlleiter* (2005). Bundestagswahl 2005. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2005.html> (letzter Aufruf am 31. Januar 2018).

*Der Bundeswahlleiter* (2017). Bundestagswahl 2017. <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99.html> (letzter Aufruf am 31. Januar 2018).

*Deutscher Bundestag* (2017a). Das Datenhandbuch des Bundestages. Kapitel 3.2: Durchschnittsalter. Stand: 1. Dezember 2017. [https://www.bundestag.de/blob/272474/4a216913aff5f5c25c41572257a57e4a/kapitel\\_03\\_02\\_durchschnittsalter-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/blob/272474/4a216913aff5f5c25c41572257a57e4a/kapitel_03_02_durchschnittsalter-pdf-data.pdf) (letzter Aufruf am 7. März 2018).

*Deutscher Bundestag* (2017b). Das Datenhandbuch des Bundestages. Kapitel 3.6: Weibliche Abgeordnete. Stand: 5. September 2017. [https://www.bundestag.de/blob/272482/074496b499231929f6914a55c087b786/kapitel\\_03\\_06\\_weibliche\\_abgeordnete-pdf-data.pdf](https://www.bundestag.de/blob/272482/074496b499231929f6914a55c087b786/kapitel_03_06_weibliche_abgeordnete-pdf-data.pdf) (letzter Aufruf am 7. März 2018).

*Deutschlandfunk* (2017). „Merkel hat keinen Konflikt zur Lösung gebracht“, Volker Wissing im Gespräch mit Christine Heuer, in: Deutschlandfunk vom 20. November 2017. [http://www.deutschlandfunk.de/volker-wissing-zum-jamaika-aus-merkel-hat-keinen-konflikt.694.de.html?dram:article\\_id=401048](http://www.deutschlandfunk.de/volker-wissing-zum-jamaika-aus-merkel-hat-keinen-konflikt.694.de.html?dram:article_id=401048) (letzter Aufruf am 14. Februar 2018).

*Deutschlandfunk* (2018a). „Koalition hat keine Antworten auf die Herausforderungen der Zeit“, Christian Lindner im Gespräch mit Stefan Heinlein, in: Deutschlandfunk vom 12. April 2018. [http://www.deutschlandfunk.de/fdp-chef-lindner-koalition-hat-keine-antwort-auf-die.694.de.html?dram:article\\_id=415362](http://www.deutschlandfunk.de/fdp-chef-lindner-koalition-hat-keine-antwort-auf-die.694.de.html?dram:article_id=415362) (letzter Aufruf am 17. April 2018).

*Deutschlandfunk* (2018b). „Kubicki: Bundesregierung soll auf Russland zugehen“, Wolfgang Kubicki im Gespräch mit Klaus Remme, in: Deutschlandfunk vom 18. März 2018. [http://www.deutschlandfunk.de/interview-der-woche-kubicki-bundesregierung-soll-auf.868.de.html?dram:article\\_id=413346](http://www.deutschlandfunk.de/interview-der-woche-kubicki-bundesregierung-soll-auf.868.de.html?dram:article_id=413346) (letzter Aufruf am 9. April 2018).

*Dittberner, Jürgen* (2014). Die FDP. Von der Regierung in die außerparlamentarische Opposition. Und zurück? Berlin: Logos.

*Eichinger, Roman und Burkhard Uhlenbroich* (2017). „Das Jamaika-Motto wäre gewesen: ‚Schlimmer so!‘“, Interview mit Christian Lindner, in: Bild am Sonntag vom 26. November 2017. <https://www.bild.de/politik/inland/christian-lindner/das-jamaika-motto-waere-gewesen-schlimmer-so-53981874.bild.html> (letzter Aufruf am 26. März 2018).

*FDP* (2012). Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. Beschluss des 63. Ordentlichen Bundesparteitages der FDP. Karlsruhe, 22. April 2012. Berlin: Freie Demokratische Partei. [https://www.fdp.de/files/408/Karlsruher\\_Freiheitsthesen.pdf](https://www.fdp.de/files/408/Karlsruher_Freiheitsthesen.pdf) (letzter Aufruf am 20. März 2018).

*FDP* (2015). „Leitbildprozess“. <https://www.fdp.de/content/leitbildprozess> (letzter Aufruf am 21. März 2018).

*FDP* (2017a). Denken wir neu. Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu“. Berlin: FDP.

*FDP* (2017b). „Digitaler Mitgliederentscheid über Koalitionsvertrag“. [https://www.fdp.de/digitalisierung\\_digitaler-mitgliederentscheid-ueber-koalitionsvertrag](https://www.fdp.de/digitalisierung_digitaler-mitgliederentscheid-ueber-koalitionsvertrag) (letzter Aufruf am 21. März 2018).

*FDP* (2017c). FDP-Wahlspot zur Bundestagswahl 2017. <https://www.youtube.com/watch?v=tXyVdCKjIdI> (letzter Aufruf am 16. April 2018).



*FDP* (2017d). Warten wir nicht länger – zehn Trendwenden für Deutschland. Beschluss des Außerordentlichen Bundesparteitags der FDP vom 17. September 2017. <https://www.liberales.de/content/fdp-bundesparteitag-warten-wir-nicht-laenger-zehn-trendwenden-fuer-deutschland> (letzter Aufruf am 20. Februar 2017).

*FDP* (2018a). Recht wahren, Werte verteidigen, Dialog führen – zehn Vorschläge für die Zusammenarbeit mit Russland. Bundesvorstand der FDP. Beschluss vom 29. Januar 2018, S. 2. <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2018/01/30/2018-01-29-buvo-rechte-wahren-werte-verteidigen-dialog-fuehren-zehn-vorschlaege-fuer-die.pdf> (letzter Aufruf am 9. April 2018).

*FDP* (2018b). „FDP legt Gesetzentwurf zum Familiennachzug vor“. Mitteilung vom 15. Januar 2018. [https://www.fdp.de/asylpolitik\\_fdp-legt-gesetzentwurf-zum-familiennachzug-vor](https://www.fdp.de/asylpolitik_fdp-legt-gesetzentwurf-zum-familiennachzug-vor) (letzter Aufruf am 23. Februar 2018).

*Feldenkirchen, Markus* (2017). „Vorteil CLP“, in: *Der Spiegel* vom 15. April 2017, S. 10.

*Fislage, Franziska* (2014). NEOS – Neues Österreich und Liberales Forum. Eine „postideologische Zentrumsparterie“. *Parteienmonitor aktuell*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Forschungsgruppe Wahlen e. V.* (2013). Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013. *Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V.*, Nr. 154. Mannheim: Institut für Wahlanalyse und Gesellschaftsbeobachtung.

*Forschungsgruppe Wahlen e. V.* (2017). Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017. *Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V.*, Nr. 170. Mannheim: Institut für Wahlanalyse und Gesellschaftsbeobachtung.

*Freckmann, Michael* (2018). Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven. OBS-Arbeitspapier, Nr. 29. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung. [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AP29\\_FDP\\_Freckmann.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP29_FDP_Freckmann.pdf) (letzter Aufruf am 29. Mai 2018).

*Fricker, Thomas* (2017). „Ein Wink nach rechts“, in: *Badische Zeitung* vom 27. April 2017, S. 1.

*Gammelin, Cerstin* (2017). „Der Clou aus den Niederlanden“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 24. November 2017, S. 5.

*Gasser, Florian* (2015). „Was heißt hier Liberal?“, Interview mit Christian Lindner und Matthias Strolz, in: *Zeit Online* vom 2. Juli 2015. <http://www.zeit.de/2015/27/liberale-christian-lindner-matthias-strolz-fdp-neos> (letzter Aufruf am 26. März 2018).

*Gaugele, Jochen* (2017): „Es muss Angebote an Putin geben“, Interview mit Christian Lindner, in: *Thüringer Allgemeine* vom 5. August 2017, S. 9.

*Geyer-Hindemith, Christian* (2015). „Purpurschneid. Die FDP setzt auf Magenta“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Januar 2015, S. 9.

*Glock, Florian* (2017). „Die FDP in der außerparlamentarischen Opposition: Innerparteiliche Willensbildung und Einstellungen der Parteitagsdelegierten“, in: Sebastian Bukow und Uwe Jun (Hrsg.): *Parteien unter Wettbewerbsdruck*. Wiesbaden: Springer, S. 181-201.

*Handelsblatt* (2017). „Einigung bei zentrale Digitalisierungs-Themen“, in: *Handelsblatt* vom 13. November 2017. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/jamaika-sondierungen-einigung-bei-zentralen-digitalisierungs-themen/20578156.html> (letzter Aufruf am 20. Februar 2018).

*Hellemann, Angelika, Miriam Hollstein, Sebastian Pfeffer und Burkhard Uhlenbroich* (2017). „Am Familiennachzug drohen die Verhandlungen zu scheitern“, in: Bild vom 18. November 2017. <http://www.bild.de/politik/inland/jamaika-koalition/stundenlanger-zoff-um-familiennachzug-53902988.bild.html> (letzter Aufruf am 23. Februar 2018).

*Herholz, Andreas* (2017). „Familiennachzug nur in wenigen Härtefällen“, Interview mit Christian Lindner, in: Passauer Neue Presse vom 15. November 2017, S. 2.

*Herzinger, Richard* (2017). „Die FDP ist und bleibt eine Umfallerpartei“, in: Die Welt vom 19. September 2017. <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article168808512/Die-FDP-ist-und-bleibt-eine-Umfallerpartei.html> (letzter Aufruf am 9. April 2018).

*Herzinger, Richard* (2018). „Putins Türöffner“, in: Die Welt vom 29. Januar 2018, S. 2.

*Hickmann, Christoph und Christoph Schult* (2018). „Der Riss“, in: Der Spiegel vom 14. April 2018, S. 34.

*Hildebrandt, Tina und Dagmar Rosenfeld* (2009). „Liberallala“, in: Die Zeit vom 17. Dezember 2009, S. 4.

*Höhne, Benjamin und Daniel Hellmann* (2017). Die Freien Demokarten. Comeback der FDP mit neuer Mannschaft, Mit-Mach-Organisation und Mut-Mach-Liberalismus. Sankt-Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Hoidn, Andreas und Axel Vornbäumen* (2017). „Wettergegerbt aus der APO zurück“, in: Stern vom 27. April 2017, S. 100–103.

*Huth, Peter, Thorsten Jungholt und Jacques Schuster* (2018). „FDP-Chef Lindner spricht Machtwort in der Russland-Frage“, in: Welt vom 25. März

2018. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article174865871/Russland-FDP-Chef-Lindner-verteidigt-Sanktionen.html> (letzter Aufruf am 9. April 2018).

*Infratest dimap* (2017). ARD-DeutschlandTREND Extra am 20. November 2017. Deutschland nach Ende der Jamaika-Sondierung. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2017/blitz-ende-der-jamaika-sondierung/> (letzter Aufruf am 14. Februar 2018).

*Kölln, Ann-Kristin* (2014). Wie reagieren Parteien auf den Mitgliederschwund? Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Konrad-Adenauer-Stiftung* (2018). Wahlprogrammanalyse mit MAXQDA. Auswertung von sechs Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017. Berlin.

*Kretschmann, Winfried und Armin Laschet* (2017). „Der Bund soll die Länder angemessen ausstatten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. November 2017, S. 8.

*Kubicki, Wolfgang* (2018). „Sanktionen bis zum St. Nimmerlein sind absurd“, in: Die Welt vom 1. Februar 2018, S. 2.

*Lamby, Stephan* (2018). „Im Labyrinth der Macht – Protokoll einer Regierungsbildung“, in: ARD-Mediathek vom 5. März 2018. <http://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Im-Labyrinth-der-Macht-Protokoll-einer/Das-Erste/Video?bcastId=799280&documentId=50588604> (letzter Aufruf am 6. März 2018).

*Leithäuser, Johannes* (2018). „FDP erwägt eine Frauenquote“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April 2018, S. 4.

*Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine* (2018). „Klar gegen die AfD“, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. Januar 2018, S. 2.

*Lindner, Christian* (2015). Rede vor dem Landtag Nordrhein-Westfalens vom 29. Januar 2015. <https://www.youtube.com/watch?v=skvOKFbtr3E> (letzter Aufruf am 16. Februar 2015).

*Lindner, Christian* (2017a). Brief an die Mitglieder der FDP, veröffentlicht am 20. November 2017 auf Facebook. <https://www.facebook.com/lindner.christian/posts/1930334893647738> (letzter Aufruf am 9. Februar 2018).

*Lindner, Christian* (2017b). „Das Kooperationsverbot war ein Irrtum“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. November 2017.

*Lindner, Christian* (2017c). Rede auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag der FDP am 17. September 2017. <http://fdp-nordsachsen.de/2017/09/18/rede-von-christian-lindner-beim-ausserordentlichen-bundesparteitag-2017-in-berlin/> (letzter Aufruf am 27. März 2018).

*Lindner, Christian* (2017d). Schattenjahre. Die Rückkehr des politischen Liberalismus. Stuttgart: Klett-Cotta (ePup).

*Lindner, Christian* (2018). Bearbeitete Mitschrift der Rede des FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner bei der Dreikönigskundgebung 2018 in Stuttgart, S. 3. <https://www.christian-lindner.de/sites/default/files/2018-01/Bearbeitete%20Mitschrift%20der%20Rede%20des%20FDP.pdf> (letzter Aufruf am 15. Februar 2018).

*Löhr, Julia* (2017). „Wahlplakate zum Wegschauen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. August 2017, S. 19.

*Lohse, Eckart und Markus Wehner* (2017). „Ohne die Grünen hätte es zweifelsohne geklappt“, Interview mit Christian Lindner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. November 2017, S. 2.

*Lohse, Eckart und Markus Wehner* (2018). „Die FDP war immer der Hauptkonkurrent der AfD“, Interview mit Alexander Gauland und

Wolfgang Kubicki, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 2018, S. 4.

*Lösche, Peter und Franz Walter* (1996). Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

*Meedia* (2017). „Alexa, warum gibt es ein Katasterfortsch...gesetz? FDP-Chef Lindners witzige Wahlwerbung mit Amazons Sprachcomputer“, in: Meedia vom 19. Juli 2017. <http://meedia.de/2017/07/19/alexawarum-gibt-es-ein-katasterfortschreibungsgesetz-fdp-chef-lindners-witzige-wahlwerbung-mit-amazons-sprachcomputer/> (letzter Aufruf am 16. April 2018).

*Moeckli, Silvano* (2017). So funktioniert Wahlkampf. Konstanz, München: UVK.

*Möller, Anna Pia* (2018). „Die AfD ist keine Partei, sondern ein Geschäftsmodell“, in: WirtschaftsWoche vom 6. März 2018. <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/christian-lindner-die-afd-ist-keine-partei-sondern-ein-geschaeftsmodell/21038192.html> (letzter Aufruf am 16. April 2018).

*Montag, Tobias* (2013). Außerordentlicher Bundesparteitag der FDP. Berlin, 7. bis 8. Dezember 2013. Parteienmonitor aktuell. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Montag, Tobias* (2014). Der 65. Ordentliche Bundesparteitag der FDP. Dresden, 10. bis 11. Mai 2014. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Montag, Tobias* (2015). Organisiert aus der Krise. Der 66. Ordentliche Bundesparteitag der FDP. Berlin, 15. bis 17. Mai 2015. Parteienmonitor aktuell. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Montag, Tobias* (2016). „Niemand wieder Funktionspartei“. Der 67. Ordentliche Bundesparteitag der FDP. Berlin, 23. bis 24. April 2016. Parteienmonitor aktuell. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Montag, Tobias* (2017a). Die neue „Altpartei“. Der 8. Bundesparteitag der AfD. Hannover, 2. bis 3. Dezember 2017. Parteienmonitor aktuell. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Montag, Tobias* (2017b). „Wettergegerbt“ aus der APO. Der 68. Ordentliche Bundesparteitag der FDP. Berlin, 28. bis 30. April 2017. Parteienmonitor aktuell. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Montag, Tobias* (2018). Im „postängstlichen Zeitalter“. Der 69. Ordentliche Bundesparteitag der FDP. Berlin, 12. bis 13. Mai 2018. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Neu, Viola* (2013). Die Bundestagswahl in Deutschland am 22. September 2013. Wahlanalyse. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Neu, Viola und Sabine Pokorny* (2017). Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

*Niedermayer, Oskar* (2013). „Von der dritten Kraft zur marginalen Partei: Die FDP von 2009 bis nach der Bundestagswahl 2013“, in: ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer VS, S. 103–134

*Niedermayer, Oskar* (2017). „Parteimitgliedschaften im Jahre 2016“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48, 2, S. 370–396.

*n-tv* (2016). „Petry enttäuscht von Özil“, in: n-tv.de vom 04. Juni 2016. <https://www.n-tv.de/politik/Petry-enttaeuscht-von-Ozil-article17859281.html> (letzter Aufruf am 28. März 2018).

*n-tv* (2017a). „Chance für neue Jamaika-Runde? Lindner widerspricht FDP-Generalsekretärin“, in: n-tv vom 22. November 2017, <https://www.n-tv.de/politik/Lindner-widerspricht-FDP-Generalsekretaeerin-article20144665.html> (letzter Aufruf am 14. Februar 2018).

*n-tv* (2017b). „Kubicki hat das alles ganz anders gemeint“, in: n-tv vom 5. Dezember 2017. <https://www.n-tv.de/politik/Kubicki-hat-das-alles-ganz-anders-gemeint-article20168042.html> (letzter Aufruf am 14. Februar 2018).

*Opitz, Olaf* (2017). „Der Königsmacher: So bereitet Christian Lindner Jamaika-Verhandlungen vor“, in: Focus.de vom 30. September 2017. [https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl\\_2017/jamaika-koalition-opposition-oder-regierung-so-bereitet-christian-lindner-jamaika-verhandlungen-vor\\_id\\_7653297.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl_2017/jamaika-koalition-opposition-oder-regierung-so-bereitet-christian-lindner-jamaika-verhandlungen-vor_id_7653297.html) (letzter Aufruf am 13. Februar 2018).

*Prantner, Christoph* (2017). „Kurz, Macron, Obama und das Messias-Prinzip“, in: Der Standard vom 17. Dezember 2017. <https://www.derstandard.de/story/2000070446553/kurz-macron-obama-und-das-messias-prinzip> (letzter Aufruf am 26. März 2018).

*Quadbeck, Eva* (2017). „Merkel hat die Anliegen der FDP nicht ernstgenommen“, Interview mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann, in: RP Online vom 22. November 2017. <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/marie-agnes-strack-zimmermann-merkel-hat-die-anliegen-der-fdp-nicht-ernstgenommen-aid-1.7219020> (letzter Aufruf am 14. Februar 2017).

*Quadbeck, Eva* (2018). „Christian Lindner eifert Emmanuel Macron nach“, in: RP Online vom 6. Januar 2018. <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/dreikoenigstreffen-der-fdp-christian-lindner-eifert-emmanuel-macron-nach-aid-1.7304832> (letzter Aufruf am 26. März 2018).

*Rauh, Robert* (2017). „Schluss mit der Kleinstaaterei im Schulwesen!“ in: Tagespiegel.de vom 11. September 2017. <https://www.tagesspiegel.de/politik/bildungsfoederalismus-schluss-mit-der-kleinstaaterei-im-schulwesen/20309790.html> (letzter Aufruf am 16. September 2018).

*Rossmann, Robert* (2017). „Bis an die Schmerzgrenze“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. November 2017, S. 2.

*Sauga, Michael und Christoph Schult* (2017). „Engel, wir beide dienen Deutschland“, Interview mit Wolfgang Kubicki, in: Der Spiegel vom 14. Oktober 2017, S. 34.

*Schäfer, Sandra* (2015). „Nach Plakat-Zoff: FDP-Kandidat wirft hin!“, in: Hamburger Morgenpost vom 24. Januar 2015. <http://www.mopo.de/buergerschaftswahl/riesen-wirbel-bei-den-liberalen-nach-plakat-zoff--fdp-kandidat-wirft-hin-,28813624,29656896.html> (letzter Aufruf am 16. Februar 2015).

*Schmidt, Tobias* (2017). „Verantwortung trägt einer alleine, Christian Lindner“, Interview mit Jürgen Trittin, in: Passauer Neue Presse vom 22. November 2017, S. 2.

*Schmoll, Heike* (2017). „Ein bisschen Einigkeit“, in: Faz.net vom 31. Oktober 2017. <http://www.faz.net/aktuell/politik/jamaika-sondierungsrichtig-merken-auf-bildungspolitik-15271436.html> (letzter Aufruf am 20.02.2018).

*Sirleschtov, Antje* (2018). „Lindner und Kubicki streiten: Ende des Burgfriedens in der FDP“, in: Tagesspiegel.de vom 22. März 2018. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/lindner-und-kubicki-streiten-ende-des-burgfriedens-in-der-fdp/21104624.html> (letzter Aufruf am 11. April 2018).

*Statista* (2013). Wählerwanderung von und zu der FDP bei der Bundestagswahl am 22. September 2013. <https://de.statista.com/>

[statistik/daten/studie/38880/umfrage/waehlerwanderung-bei-der-fdp-bei-der-bundestagswahl/](https://www.statista.com/deutschland/2017/01/umfrage-waehlerwanderung-bei-der-fdp-bei-der-bundestagswahl/) (letzter Aufruf am 31. Januar 2018).

*Szymanski, Mike* (2018). „Streit über Russlandpolitik“, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. April 2018, S. 5.

*Tenfelde, Beate* (2016). „Parteitag in Berlin: Viel Show bei der FDP“, in: Neue Osnabrücker Zeitung vom 24. April 2016. <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/703439/parteitag-in-berlin-viel-show-bei-der-fdp> (letzter Aufruf am 13. April 2018).

*Treibel, Jan* (2012). „Die FDP: Entscheidungsprozesse zwischen hierarchischer Führung, Konsenssuche und Mehrheitsentscheidungen“, in: Karl-Rudolf Korte und Jan Treibel (Hrsg.): Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland. Zeitschrift für Politikwissenschaft/Sonderband 2012. Baden-Baden: Nomos, 2012, S. 155–187.

*Unckrich, Bärbel* (2017). „Politische Werbung hat normalerweise den Sexappeal von Stützstrümpfen“, Interview mit Marco Buschmann, Andreas Mengele und Matthias Storath, in: Horizont.net vom 6. Juli 2017. <http://www.horizont.net/agenturen/nachrichten/FDP-Kampagne-Politische-Werbung-hat-normalerweise-den-Sexappeal-von-Stuetzstruempfen-159382> (letzter Aufruf am 16. April 2018).

*Voigt, Mario und Rene Seidenglanz* (2017). Trendstudie. Digital Campaigning in der Bundestagswahl 2017 – Implikationen für Politik und Public Affairs. Berlin: Quadriga Hochschule Berlin.

*Vorländer, Hans* (2013). „Freie Demokratische Partei (FDP)“, in: Frank Decker und Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2., überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 270–281.

*Vorländer, Hans* (2014). „Welche Koalition sichert das Überleben? Bündnisaussichten der FDP“, in: Eckhard Jesse und Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ereignisse, Folgen. Parteien und Wahlen, Nr. 4. Baden-Baden: Nomos, S. 389–404.

*Wahlrecht.de* (2018a). Politbarometer: „Sonntagsfrage“. <https://www.wahlrecht.de/umfragen/politbarometer.htm> (letzter Aufruf am 27. März 2018).

*Wahlrecht.de* (2018b). „Sonntagsfrage Bundestagswahl“. <https://www.wahlrecht.de/umfragen/> (letzter Aufruf am 16. April 2018).

*WAZ* (2017). „So nehmen die Grünen Wahlplakate von FDP-Chef Lindner hoch“, in: WAZ vom 11. Juli 2017. <https://www.waz.de/politik/so-nehmen-die-gruenen-wahlplakate-von-fdp-chef-lindner-hoch-id211213755.html> (letzter Aufruf am 16. April 2018).

*Weiland, Severin* (2017). „Ein bisschen rechts geht immer“, in: Spiegel Online vom 2. Mai 2017. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/leitkultur-ein-bisschen-populismus-ist-gerade-in-a-1145724.html> (letzter Aufruf am 29. März 2018).

*Weiland, Severin* (2018). „FDP-Politiker distanzieren sich von Kubicki“, in: Spiegel Online vom 21. März 2018. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/russland-sanktionen-fdp-politiker-distanzieren-sich-von-wolfgang-kubicki-a-1199126.html> (letzter Aufruf am 9. April 2018).

*Wiegel, Michaela* (2017). „Zwischen Albtraum und Wirklichkeit“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. September 2017, S. 2.

*Zwick, Daniel* (2014). „Der Verkäufer“, in: Welt am Sonntag vom 21. Dezember, S. 30.

## Der Autor

---

**Tobias Montag M. A.** ist seit 2010 Koordinator für Innenpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er beobachtet und analysiert unter anderem das deutsche Parteiensystem. Seine Schwerpunkte liegen dabei auf der FDP und der AfD.

# Reihenübersicht

---

**Heft 1: Das Parteiensystem in Deutschland  
ein Jahr nach der Bundestagswahl**

*Karsten Grabow und Sabine Pokorny*

ISBN 978-3-95721-445-4

**Heft 2: Wahlkampf im Zeichen der Flüchtlingskrise.**

**Die Strategien von CDU und CSU für die Bundestagswahl 2017**

*Torsten Oppeland*

ISBN 978-3-95721-446-1

**Heft 3: Die SPD nach der Bundestagswahl 2017.**

**Raus aus der GroKo, rein in die GroKo**

*Uwe Jun*

ISBN 978-3-95721-447-8

**Heft 4: Die Aufsteiger.**

**Die Alternative für Deutschland**

*Oskar Niedermayer*

ISBN 978-3-95721-448-5

› **Heft 5: Die Rückkehr.**

**Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017**

*Tobias Montag*

ISBN 978-3-95721-449-2

**Heft 6: Abschied vom Osten?**

**Die Linke nach der Bundestagswahl 2017**

*Jürgen P. Lang*

ISBN 978-3-95721-450-8

**Heft 7: Bündnis 90/Die Grünen im Wechselbad zwischen  
Regierungsbeteiligung und kleinster Oppositionspartei**

*Ulrich Eith und Jacqueline Meier*

ISBN 978-3-95721-451-5

